

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando
Bierteljährlich 3.90 RM, monatlich 1.30 RM,
wöchentlich 30 Pf. frei im Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interflons-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Anzeigen
oder deren Raum 60 Pf. für
botanische und gewerbliche Anzeigen
und Beschlagnahmungs-Anzeigen 30 Pf.

Telegraphen-Adressen:
Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
Donnerstag, den 28. Juni 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Gedenktag.

Einer der furchtbarsten Gedenktage der Menschheitsgeschichte wird für alle Zeiten der 28. Juni bleiben. An diesem Tage vor drei Jahren fielen der österreichische Thronfolger und seine Gattin in Sarajewo unter den Schüssen eines kaum den Knabenschuhen entwachsenen serbischen Fanatikers.

Wie war das möglich? Wie durfte das geschehen? Seit drei Jahren martert diese Frage alle denkenden Geirne. Ich, die gedankenlos haben es viel leichter. Für sie ist es von vornherein klar, daß die kriegerische Eroberungslust Wilhelms II. oder die kalte Schüftigkeit Sir Edward Greys dieses grauenvolle Unglück in die Welt gebracht hat.

Das Attentat auf Franz Ferdinand war ein erster blutiger Ausbruch eines überspannten Nationalismus, eine Bahnsinnstat, die den unter der Decke der Vernunft schlummernden Wahnsinn der ganzen Welt geweckt hat.

Und umgekehrt: Die beleidigte Autorität des österreichischen Staates forderte Strafe und Vergeltung. Aber wer denkt heute noch, da Deutschland gegen die angelsächsischen, die romanische und fast die ganze slavische Menschheit im Kampfe auf Tod und Leben steht, an die verhältnismäßig kleinen Ausgänge dieses ungeheuren Ringens?

Wo sitzt der Weltrichter, der entscheidet, wo hier das Recht aufhört und das Unrecht begann? Die Tat von Sarajewo ist verabscheuenswert, aber wird darum die Politik, durch die Oesterreich die serbische Intelligenz in eine Stimmung der Verzweiflung hineintrief, gerechtfertigt?

Der Zar, dieser kleine, ängstliche Mann, der selbst in ewiger Furcht vor Attentaten schwebte, hat den Anschlag auf ein beinahe schon gekröntes Haupt gewiß nicht gebilligt. Aber Serbien war Rußlands Schutzstaat, der panslawistische Imperialismus der russischen Bourgeoisie duldet keine Ausschaltung Rußlands auf dem Balkan und erzwang die russische Mobilisierung.

Frankreich war dem zarischen Rußland verbündet, England hatte mit Frankreich und Rußland Abmachungen getroffen. An dem Strick der Bündnispflichten wurde ein Land nach dem andern in den Krieg hineingezogen. Nirgends fand sich ein Staatsmann, der den Mut hatte, das Seil im entscheidenden Augenblick zu kappen.

Was in diesen drei Jahren geschehen ist, hat kein Staatsberhaupt, kein Regierungschef und kein Volk gewollt. Wer hat es gewollt? Die allzeit schuhfertigen Prinzipis, der heulende Nationalismus, der Friedensliebe für Freiheit erklärt und dessen Terrorismus die oben und die unten in seinen Bann geschlagen hat.

Wer an der materialistischen Geschichtsauffassung geschult ist, dem braucht man nicht erst zu sagen, daß auch dieser Nationalismus nicht aus einer Art geistiger Urzeugung entstanden ist, daß vielmehr auch er eine Ideologie ist, die sich auf dem stofflichen Untergrund eines bestimmten Stadiums gesellschaftlicher Entwicklung aufbaut.

droffen über Leichenhügeln Geschäfte macht, ist von Haus aus unkriegerischer Natur: „es flieht Tumult und Streit.“ Die kapitalistische Entwicklung hat aber überall Gesellschaftsschichten geschaffen, die für die nationalistische Ideologie von vornherein günstig disponiert sind.

Sind wir uns also darüber klar, daß der Weltkrieg mit all seinen unentwirrbaren Verwicklungen aus einer besonderen, geschichtlich bedingten Art menschlicher Geistigkeit seinen Ausgang genommen hat, so wissen wir doch genau, daß es nicht genügt, Gefühle mit Gefühlen und Ideen mit Ideen zu bekämpfen, sondern daß der Boden selbst, dem die blutige Saat entsprossen ist, bis in seine Tiefen umgepflügt werden muß, wenn er sich mit den goldenen Früchten einer neuen menschlichen Kultur bedecken soll.

Nur der Geist des Sozialismus kann den Kampf für den dauernden Weltfrieden gegen die Ungeister des Nationalismus und Chauvinismus aufnehmen und erfolgreich durchführen. Aber auch er wird die nötige Kraft zu seinem großen Werk erst besitzen, wenn er auf den festen Grund einer sozialistischen Wirtschaftsordnung gestellt ist.

Das Recht auf Streikendgebungen.

Wirkung des Petersburger 22. und 23. Juni.
Petersburg, 27. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.)
In der Sitzung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland am 22. Juni wurde mit erdrückender Mehrheit eine Entschlieung über die Ereignisse vom 22. und 23. Juni angenommen.

Der erste Teil dieser Entschlieung erinnert daran, daß die erwähnten Ereignisse durch wirtschaftliche Fragen, den wachsenden Widerstand gegenrevolutionärer Elemente der wohlhabenden Kreise, die wirtschaftliche Unordnung, die Lebensmittelkrise, Umstände, die durch den Weltkrieg verursacht sind, hervorgerufen worden sind.

Die Volkstreue, die sich nicht davon Rechenschaft geben, daß die Krise auch durch die tatkräftigsten Maßnahmen nicht auf der Stelle behoben werden kann, bringen ihre schwere Unzufriedenheit zum Ausdruck, was von den reaktionären Kräften ausgenutzt wird. Das macht eine völlige UeberEinstimmung der Handlungen der verschiedenen Elemente der revolutionären Demokratie unbedingt notwendig.

Der zweite Teil der Entschlieung tadelt den Entschluß, in Petersburg eine Kundgebung zu veranstalten ohne Vorwissen des Arbeiter- und Soldatenrats und ohne Maßnahmen zu treffen, daß die Kundgebung ohne Waffen vor sich gehe und nicht zu Zusammenstößen und Blutvergießen führe, die verhängnisvoll für die Revolution seien.

Der dritte Teil der Entschlieung enthält die folgende Entscheidung:

- 1. Parteigruppen, die zu den Arbeiter- und Soldatenräten gehören, haben nicht das Recht, Kundgebungen gegen den ausdrücklichen Willen dieser Arbeiter- und Soldatenräte ins Werk zu setzen.
2. Friedliche Kundgebungen ohne Waffen können von diesen Gruppen und Parteien mit Wissen der Arbeiter- und Soldatenräte veranstaltet werden.
3. Alle bewaffneten Kundgebungen einschließlich Kundgebungen unter Teilnahme einzelner Bewaffneter können nur mit Zustimmung der Arbeiter- und Soldatenräte als einziger Organe, die den Willen der revolutionären Demokratie verkörpern, veranstaltet werden.

Arbeiter, Soldaten und Bauern werden aufgefordert, sich diesen Entscheidungen zu unterwerfen und auf keine sonstigen Aufforderungen einzugehen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Alle Uebertretungen dieser Entscheidungen drohen einen Bürgerkrieg herauszubekommen.

Nach Annahme dieser Entschlieung schlug der Antragsteller vor, einen Ausschuß einzusetzen zur Untersuchung der Umstände, unter denen die vorerwähnte Kundgebung vorbereitet worden ist, und über die Teilnahme reaktionärer Elemente daran.

Kundgebung für die Revolutionsoffer.

Petersburg, 27. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.)
Der Kongreß der Soldaten- und Arbeitervertreter ganz Rußlands hat in seiner Sitzung am 26. Juni beschloffen, am 1. Juli auf den Gräbern der Opfer der Revolution Kränze niederzulegen und aus diesem Anlaß eine große Kundgebung zu veranstalten, zu der alle revolutionären Parteien, Organisationen, Berufsverbände und Genossenschaften, Fabrik- und Werkstättenarbeiter und Militärvteilungen unter Waffen eingeladen werden sollen. Der Kongreß hat beschloffen, daß am selben Tage entsprechende Kundgebungen in den wichtigsten Städten Rußlands, wie Moskau, Kiew und Charkow, veranstaltet werden sollen, die die Kraft, Einigkeit und Pannmutsgefühl der revolutionären russischen Demokratie zeigen sollen.

Drohende Verteuerung des Stadtbahnverkehrs.

Eine Gefahr für die Volksgesundheit.

In der Ausgabe unseres Blattes vom 6. Juni d. J. wiesen wir auf die Gefahr hin, die dem reisenden Publikum durch die von der preußischen Eisenbahnverwaltung geplanten neuen Fernzugtarife mit ihrer Begünstigung der 2. und insbesondere der 1. Klasse zu Lasten der 3. und 4. Klasse drohe.

Dieser für die Neuorientierung unserer Behörden bezeichnende Vorgang läßt es doppelt angezeigt erscheinen, schon jetzt der bevorstehenden Neugestaltung der Tarife auf der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen erhöhte Beachtung zuzuwenden, denn diese Neugestaltung wird von größtem Einfluß auf das Siedlungs- und den Ausflugsverkehr der Groß-Berliner Bevölkerung sein.

Die Verkehrssteuer macht bekanntlich 12 und 14 Proz. der Fahrpreise aus. Zu dieser Verteuerung soll noch eine Fahrpreisoberhöhung von 10-20 Proz. als Folge der Steigerung der Löhne und Materialpreise und schließlich für die Elektrifizierung der genannten Bahnen eine dritte Erhöhung treten, die auf etwa 20 Proz. der Fahrpreise veranschlagt wird.

Die Verkehrssteuer macht bekanntlich 12 und 14 Proz. der Fahrpreise aus. Zu dieser Verteuerung soll noch eine Fahrpreisoberhöhung von 10-20 Proz. als Folge der Steigerung der Löhne und Materialpreise und schließlich für die Elektrifizierung der genannten Bahnen eine dritte Erhöhung treten, die auf etwa 20 Proz. der Fahrpreise veranschlagt wird.

dreimalige bedeutende Erhöhung,

rein mechanisch auf alle Fahrpreise gelegt, würde das Ende aller Dezentralisationsbestrebungen im Wohnungswesen und äußerste Erschwerung des Ausflugsverkehrs bedeuten.

Durch die Reichsverkehrssteuer wird der großstädtliche Verkehr und das großstädtische Wohnen besonders hart getroffen. Arbeiter und Angestellte, die ein- oder zweimal am Tage auf dem Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte und umgekehrt öffentliche Verkehrsmittel benutzen, tun dies unter bitterem Zwang. Diesen Verkehr dem eigentlichen Reiseverkehr gleichsetzen, heißt den Begriff des Reisens völlig verkennen.

Sie müßte, um die Tarife niedrig zu halten, weiter bestrebt sein, die eigentlichen Betriebskosten herabzudrücken und dies in einer Weise tun, die ohne die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit des Personals zu beeinträchtigen, im Einklang steht mit den Forderungen, die vom Verkehrsstandpunkt im allgemeinen und im Hinblick auf die Dezentralisation des Wohnungswesens anzustellen sind.

Die 2. Klasse im Nahverkehr dient nur dem Dinkel und dem Hochmut kleiner Schichten der Bevölkerung. Es wäre unerhört, wenn wie bei dem Fernverkehr ihre Beibehaltung auf Kosten der 3. Wagenklasse erfolgte!

Niederknüttelung der Friedenspropaganda.

Ein Gesetzentwurf Vivianis.

Paris, 26. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Viviani hat am Dienstag in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der die tätigste und kräftigste Unterdrückung der Propaganda durch Verteilung von friedensfreundlichen Schriften sichert.

Die Pläne gegen Syrien und Kleinasien.

Eine neue Konferenz in Saint Jean de Maurienne.

Havas meldet: In Saint Jean de Maurienne hat eine militärische Beratung stattgefunden, an der der Generalissimo Cadorna, der englische General Radcliffe und die Generale Zoch und Perrin

festnahmen. Obwohl die größte Zurückhaltung über den Gegenstand der behandelten Fragen geboten ist, ist doch soviel gewiß, daß Cadorna und Joch zu einem Einverständnis über die Art der Zusammenarbeit der französischen und italienischen Truppen bei den bevorstehenden Operationen in Kleinasien und an den Heiligen Stätten gekommen sind. Sie prästen auch die Lage, die sich auf dem Balkan infolge der jüngsten Ereignisse in Griechenland ergab, und studierten endlich die Pläne der allgemeinen Offensive, die die Alliierten jetzt gleichzeitig beginnen müßten, wo es mehr als gewiß scheint, daß Rußland demnächst in der Lage sein wird, auch seinerseits die Offensive zu ergreifen."

Die erste Konferenz in Saint Jean de Maurienne betraf die Ansprüche der an den Küsten Kleasiens und Syriens interessierten Ententestaaten. Sie nahm gewisse Veränderungen im Beuteplan vor, durch die Italien sich nicht bevorzugen konnte. Die zweite Maurienne-Konferenz schließt sich nicht zufällig an die neuesten Vorgänge in Griechenland an, die von langer Hand her vorbereitet waren. Italien hat das Spiel beigesteuert und beilist sich jetzt, in Fluß zu bringen, was es bei dem Ententegefecht kassieren möchte. Die Angst und die durch die russische Wernis gefährdete allgemeine Offensive drückt, und sie zwingt zum beschleunigten Herbeibringen der Ernte, die im östlichen Mittelmeer erstrebt wird.

Weshalb die Entente die Blutströme, die diese Offensive kosten wird, opfern will, wird ziemlich unterhält durch die Art, wie der Inhalt der Maurienne-Konferenz mitgeteilt wird, zugegeben. Man will die deutschen Heere im Westen und Osten festhalten, um ungehindert den ersehnten Landraub von Smyrna (auf das Italien spekuliert) bis nach Alexandrette (das England haben will) und bis nach Syrien (das der Beuteplan für Frankreich bestimmt) ausführen zu können. Die Türkei wird also bei der kommenden allgemeinen Offensive nicht nur bei Ghaza, sondern vermutlich auch an ihrer ägäischen Küste, gegen die sich ein Entente-Ansturm von der griechischen Basis aus entwickeln dürfte, die Tüchtigkeit ihrer Verteidigungskraft zu bewähren haben.

Die zweite Konferenz von Saint Jean de Maurienne läßt den Scheiter, der die Gründe verhält, weshalb die Entente in diesen Monaten des Friedensdrängens der Völker alles aufgeboren hat, was geeignet schien, der Friedensbewegung eine neue Kriegesfrist abzugewinnen.

Stockholm.

Fortgang der Verhandlungen.

Stockholm, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Verhandlungen mit den hier eingetroffenen deutschen Unabhängigen, zu welchen heute noch Ledebour hinzukam, begannen am Sonntagabend und wurden am Sonntag und Montag, trotz des Mittsommerfestes, fortgeführt. Branting fehlte.

Nach der Heimreise Rina Wangs und dem Eintreffen Bliegens wurde heute mit den Litheern verhandelt, da vor der Beendigung der Verhandlungen mit der Haasegruppe auch noch Luise Rieg erscheinen werde.

Die Genfer Vorgänge.

Zu den Genfer Vorgängen bringt die halbamtliche „Nord. Nö. Tg.“ folgende Auslassung an erster Stelle:

Nach hier eingegangener amtlicher Meldung erschien am Montagabend der Schweizerische Minister Dumant auf der Kaiserlichen Gesandtschaft in Bern, um dem deutschen Gesandten wegen der Genfer Vorgänge und insbesondere wegen der Verletzung des Konsulatsprivilegs das lebhafteste Bedauern des Schweizer Bundesrats auszudrücken und die Versicherung abzugeben, daß eine strenge Verfolgung der Schuldigen stattfinden werde.

Die Neutralität Spaniens.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten.

Madrid, 26. Juni. (Sabasmeldung.) Ministerpräsident Dato hat erklärt: Die öffentliche Meinung hat die getroffenen Maßregeln günstig aufgenommen. Die Beunruhigung war überall von verächtlichen Elementen ausgeht. Die Minister haben die äußersten Maßregeln ergriffen, um die öffentliche Ordnung und Ruhe zu bewahren, die die Regierung

Gustav Schmoller.

In Gustav Schmoller, dem 79jährigen, ist gestern einer jener Männer hingegangen, die auf das Werden des geistigen Deutschland, wie es heute ist, den stärksten Einfluß ausgeübt haben. Hunderte, die im öffentlichen Leben Deutschlands eine Rolle spielen, Tausende, die als Beamte in der Sozialpolitik, in allen Zweigen der Verwaltung tätig sind, haben zu seinen Füßen gesessen und seinen Lehren gelauscht. Aber darin allein erschöpft sich sein Einfluß nicht. Schmoller war nicht nur 30 Jahre lang Inhaber eines nationalökonomischen Lehrstuhls an der Universität der Reichshauptstadt, er war auch viele Jahre für ganz Preußen und Deutschland der erfolgreichste Professorenmacher, und die volkswirtschaftlichen Katheder des Reiches wurden mit Schmollerschülern geradezu überfüllt. Dazu kommt die reiche literarische Tätigkeit des Mannes, in seinen Jahrbüchern, in zahlreichen Streitschriften und seinem Hauptwerk, der Volkswirtschaftslehre. Am wenigsten hat Schmoller aber für die Öffentlichkeit dort gewirkt, wo er selbst zum Gesetzgeber berufen war. Seine Tätigkeit im preussischen Herrenhaus beschränkt sich auf einige mehr oder weniger interessante Reden, die ohne jede tiefere Nachwirkung geblieben sind. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Reden mehr gegen Schmoller oder mehr gegen die Institution des Herrenhauses sprachen.

Das Wesen Schmollers wird gewöhnlich in zwei Schlagworte zusammengefaßt: Historische Schule und Katheder-Sozialismus. Die Bedeutung dieser Schlagworte in Beziehung auf die Persönlichkeit Schmollers soll hier etwas näher dargelegt werden.

Schmoller hat sein Leben lang im Kampf gegen alle theoretischen Systeme der Nationalökonomie gestanden. Das Bedeutendste von ihnen war das auf die Ahnenreihe Smith-Ricardo zurückblickende marxistische System. Aus derselben Quelle der Adam Smith'schen klassischen Nationalökonomie hatte sich aber auch die von Marx so heftig bekämpfte „Lehre von St. Manches“, die alleinseligmachende liberale Freihandelslehre entwickelt, die zur Zeit, da Schmoller seine Laufbahn begann, im öffentlichen Leben Deutschlands eine unvergleichlich größere Rolle spielte, als der nur wenig Eingeweihten bekannte und „mit dem Lübergeruch der Revolution behaftete“ Marxismus. Im Gegensatz zum Marxismus und zu der gleichfalls auf die Smith'sche Arbeitswertlehre zurückgehende liberale Volkswirtschaftslehre stand als drittes Gebilde der theoretischen Nationalökonomie die sogenannte Grenznutzenlehre, die von Carl Menger und dem Engländer Jevons entwickelt worden war.

Gegen alle diese drei Systeme hat Schmoller mit wechselndem Glück hitzige Kämpfe geführt. Man kann wohl mit einer kleinen

Neue starke englische Angriffe gegen den Lens-Bogen — Vorstöße bei Fontaines — Starkes Feuer bei Craonelle und Berry au Bac. — Dünkirchen beschossen.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 27. Juni 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei schlechter Sicht war die beiderseitige Artillerietätigkeit an der Front geringer als in den Vorlagen, nur an einzelnen Abschnitten nahm das Feuer zeitweise zu.

In den Morgenstunden wurden gegen den vorspringenden Lens-Bogen angreifende starke englische Kräfte unter schweren Verlusten abgeschlagen. In einem Vorfeldgraben beiderseits der Straße Arras—Lens setzte sich der Gegner fest.

Bei Fontaines blieben Vorstöße feindlicher Abteilungen erfolglos; ebenso scheiterten an mehreren Stellen der Arras-Front Angriffe von Erkundungsabteilungen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Abgesehen von starkem Feuer nordwestlich von Craonelle, sowie beiderseits der Straße Corbeny—Berry au Bac hielt sich die Kampftätigkeit im allgemeinen in mäßigen Grenzen.

um jeden Preis aufrechterhalten wird. In der äußeren Politik hat sie ebenfalls die Maßnahmen getroffen, die infolge der Uebertreibungen in den Berichten der Zeitungen über die internationale Lage notwendig wurden; diese Uebertreibungen waren sogar geeignet, eine Trübung des Verhältnisses zu anderen Ländern herbeizuführen und die Neutralität Spaniens aufs Spiel zu setzen. Wir denken nicht daran, unsere Neutralität aufzugeben; deshalb müssen alle Spanier uns unterstützen. Der Ministerpräsident versicherte schließlich, daß auf der ganzen Halbinsel völlige Ruhe herrsche. Ein Ministerrat wird am Mittwoch in Madrid zusammentreten.

Bern, 27. Juni. „Tempo“ meldet aus Barcelona, dort zeige sich noch in verschiedenen militärischen und bürgerlichen Kreisen die Neigung zur Geheimbünderei, welche der Regierung bei etwaigen Verwicklungen beschwerlich werden könnte. Romanones hat einen Brief an den Senatspräsidenten Grogard gerichtet, in dem er auf die Führung der liberalen Partei verzichtet. „Zeit Parisien“ fügt hinzu, zuverlässigen Nachrichten zufolge beschließen Prieto, Alba und Villanueva ein Triumvirat zu bilden, welches die Wünsche der Partei zum Ausdruck bringen solle.

Der Dumausschuß gegen Dumaauflösung.

Stockholm, 26. Juni. Nach „Rugboje Volja“ trat am letzten Sonntagabend der Interimsschuß der Reichsduma unter dem Vorsitz von Kozjansko zusammen, wobei jedoch die Progressisten und die Kadetten fehlten. Man erörterte die vom Arbeiter- und Soldatenrat vorgeschlagene Auflösung der Duma und sprach sich dahin aus, daß diese Frage vor Ablauf der Mandate der Dumamitglieder nicht entschieden werden könne. Die vorläufige Regierung sei nicht berechtigt, die Duma aufzulösen.

Wenn es dem Arbeiter- und Soldatenrat gelingt, die Einberufung der Konstituante zu beschleunigen, so wird die Frage der Dumabeseitigung ohne weiteres gelöst und erledigt sein.

Die Meuterei der Schwarzmeerflotte.

Die „Times“ erfährt aus Odessa vom 21. Juni: Nach einem Telegramm aus Sebastopol meuterten die Matrosen der Schwarzmeerflotte, die den Admiral Koltischak abgesetzt haben. Die Meuterei begann mit der Gefangennahme von vier Offizieren, die der Bemannung nicht gefielen. Darauf wurde auf einer Versammlung der Seeleute und der Soldaten und Arbeiter-Abgeordneten beschloffen, Admiral Koltischak und den Chef des Stabes Kapitän Smirnow abzusetzen und alle Offiziere zu entlassen. Die Regierung, von den Vorgängen benachrichtigt, ernannte an Stelle der abgesetzten Offiziere Admiral Elabitzki und Kapitän Borin. Koltischak und Smirnow wurde Befehl gegeben, nach Petersburg zu kommen, um eine Erklärung abzugeben. Die Regierung befahl, daß die Offiziere ihre Waffen zurückhalten müßten, und drohte, daß

Uebertreibung sagen: Er piff auf jede Theorie. Weltanschauung war ihm nichts, Tatsachen waren ihm alles. Und so ging er darauf aus, wirtschaftliche Tatsachen der Gegenwart und ganz besonders auch der Vergangenheit zu durchforschen, und ein ungeheures Material teils selbst zusammen zu schleppen, teils von seinen Schülern zusammenschleppen zu lassen, aus dem er dann seine Erfahrungssätze aufbaute. In dem Sinn für das Tatsächliche, geschichtlich Gewordene berührt er sich mit dem Marxismus, „fehlt leider nur das geistige Band“, das sich die Väter des wissenschaftlichen Sozialismus aus dem Studium der klassischen Philosophie geholt hatten. Es fehlt auch die große leidenschaftliche Liebe zur Menschheit, die letzten Grundes der eigentliche Antrieb für die unermüdbare Forscherarbeit eines Marx und eines Engels gewesen sind.

Man kann, um den Unterschied anschaulich zu machen, einen Vergleich aus der Kunst heranziehen. Was Schmoller in der nationalökonomischen Wissenschaft wollte, das wollte der Naturalismus in der Kunst: Die Dinge so schildern, wie sie sind. Nur begriffen die kleinen Schüler eines Emile Zola nicht die Wahrheit des Meisters, daß Kunst ein Stück Natur ist, gesehen durch ein Temperament. Dieses Temperament, das man in der Wissenschaft Weltanschauung nennt, fehlte Schmoller. Und darum war er kein großer Meister, sondern nur ein Sammler von Massenphotographien aus dem bunten Leben der Wirklichkeit.

Hinwiederum, ein Verdienst der historischen Schule: Da sie die Dinge so schildern wollte, wie sie sind, konnte sie sie nicht zeigen, wie sie durch die roßige Brille der Regierung und der herrschenden Klassen aussehen. Wo es galt, die Tatsachen kapitalistischer Klassennot der Welt ins Bewußtsein zu bringen, da hat die historische Schule dem Sozialismus manchen Dienst geleistet.

Das führt zu dem zweiten Schlagwort, mit dem das Wirken Schmollers etikettiert worden ist, zum Wort „Kathedersozialismus“. Dieses Wort wurde in den siebziger Jahren von dem emrangierten Manchesiermann J. V. Oppenheim, als Schimpfwort gegen Schmoller geschleudert, ist aber im Laufe der Zeit, wie das öfters so zu gehen pflegt, mehr und mehr zum Ehrennamen geworden. Wie Schmoller ein Gegner aller tiefer fundierten Theorien war, so war er auch ein Gegner der prinzipiell antisozialistischen Theorie des wirtschaftlichen Liberalismus. Für die „Nachwächteridee“ vom Staate, wie Vassalle sie nannte, die Idee, daß der Staat durch seine Polizeigewalt Leben und Eigentum schützen, sich aber sonst jedes Eingriffs in das freie Betreiben der Wirtschaft enthalten solle, hatte auch Schmoller nur Verachtung. Aus seinen geschichtlichen Studien wußte er, daß die Dynastien, nicht zuletzt die Hohenzollernsche, mit deren Geschichte er sich fleißig beschäftigte, schon aus eigenem Lebensinteresse in den Klassenkämpfen der ver-

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich der Bahn Lemberg—Tarnopol und an der Karajowka blieb das Artillerie- und Minenfeuer lebhaft.

An der Flota Lira brachten wir von einem gelungenen Erkundungsvorstoß mehrere russische Gefangene zurück.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen und östlich lebte die Feuerfähigkeit zeitweise auf.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 27. Juni 1917, abends.

An allen Fronten im allgemeinen ruhiger Tag. Der Hafen von Dünkirchen wurde erfolgreich durch unsere Artillerie beschossen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. Juni 1917. (W. T. B.) Amlich wird verlautbart:

Auf keinem der Kriegsschauplätze Ereignisse von Bedeutung. Der Chef des Generalstabes.

alle, die sich weigerten, diesem Befehl nachzukommen, als Feinde Rußlands behandelt werden sollten. Admiral Koltischak richtete hierauf auf drahtlosem Wege eine Botschaft an die Flotte, in der er seinen Standpunkt auseinandersetzte.

Wie inzwischen gemeldet wurde, ist der Admiral von seinem Posten zurückgetreten.

Die Lebensmittelforge in Rußland.

Bern, 26. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Petersburg vom 20. Juni: Der Lebensmittelfontrollleur Peshelbonoff erstattete dem pan-russischen Kongress einen sehr pessimistischen Bericht über die Lebensmittellage. Von August an sei mit der Gefahr eines Mangels in den Städten zu rechnen. Der Berichterstatter fügt hinzu: Wenn im August die Ernte beginnt, haben die Bauern keine Zeit, das Getreide zu den Bahnhöfen zu bringen. Da Reservebestände kaum vorhanden sind, kann der Ernst des Ausblicks für die Armee und die Großstädte während der fraglichen Zeit nicht übertrieben werden. Im Herbst aber wird die Bauernschaft stark mit der Verteilung der Ländel, nach denen sie hungert, beschäftigt sein. Viele Bauern, die kein Geld brauchen, werden es nicht eilig haben, Getreide zu verschicken.

Die englischen Arbeiter gegen den Hilfsdienst.

Bern, 26. Juni. Nach „Westminster Gazette“ sagte diese Woche in London eine sehr zahlreiche besetzte Versammlung von Abgeordneten des Großbritannienischen Bergmannsbundes, der nationalen Eisenbahnerunion und des nationalen Transportarbeiterbundes zur Ratifizierung des zwischen ihnen abgeschlossenen „Arbeiterdreibundes“. Den Vorsitz führte der Präsident des Bergmannsbundes Emillie. Zweck des Arbeiterdreibundes ist, gegen die allmähliche Einführung der industriellen Dienstpflicht und die Beseitigung des Einflusses der Gewerkschaften gemeinsame Maßnahmen zu treffen. Die zur Beratung stehende Entschließung betont, daß jedem Grunde zugunsten der Einführung der Dienstpflicht zehn zugunsten von Zwangsmaßnahmen gegen das Kapital gegenüberstünden.

Das Oberhaus über Luftangriffe.

London, 26. Juni. Oberhaus. Lord Strachey sprach über die Frage von Vergeltungsmaßnahmen gegen feindliche Luftangriffe und regte an, daß jeder feindliche Angriff, der der bürgerlichen Bevölkerung von England erweislich Schaden zugefügt habe, durch einen Angriff in weit größerem Maßstabe gegen irgend eine deutsche Stadt im Bereiche der französischen und englischen Linien erwidert werden sollte.

Lord Sydenham sagte: Der einzige Grund und Zweck, der uns zu Vergeltungsmaßnahmen veranlassen könnte, wäre die Schamung des Lebens unserer Nichtkämpfer, Frauen und Kinder. Ich

schiedenen Zeiten nicht neutral bleiben konnten, sondern daß sie oft genötigt waren, sich im Kampf gegen eine übermächtig werdende Klasse mit den schwächeren Klassen zu verbünden. In dieser geschichtlichen Erkenntnis liegt der Ursprung seines Interesses für die Sozialreform und für den Verein für Sozialpolitik, zu dessen Gründern er gehört. Die geschlossene Weltanschauung des Wirtschaftsliberalismus, die in ihren letzten Ausläufern bis zur Lächerlichkeit entartete, als System aber doch immer achtenswert bleibt, wertete ebensowenig wie eine andere geschlossene Weltanschauung ein Kompromiß. Für sie war jede Sozialreform Verrat am heiligen Prinzip und fluchwürdiger Sozialismus. So wurde Schmollers sanftleibige, vorsichtige, freis aus Kompromisse bedachte Sozialpolitik für sie schlangweg zum „Kathedersozialismus“.

Schmoller verdankt die überragende Stellung, die er einnahm, dem Charakter seiner Zeit. Er war dessen treffender Ausdruck. Die staatliche Politik zwischen dem Krieg von 1870/71 und dem Weltkrieg mußte auf Kompromisse eingestellt sein, weil sie nicht nur einem wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse gegenüberstand, sondern weil sich der Massenkampf auch sonst mannigfaltig komplizierte. Weder die Schwerindustrie noch die Landwirtschaft konnte in dem liberalen Grundsatz staatlicher Nichtmischung in wirtschaftliche Dinge ihre Befriedigung finden: Sie riefen beide schon seit den 70er Jahren kräftig nach Staatshilfe. War aber die Quelle dieser Staatshilfe jenen mächtigen Interessengruppen einmal geöffnet, so konnte sie der aufstrebenden Arbeiterklasse nicht ganz verschlossen bleiben. Für den theoretischen Effektivismus, das Auswählertum, das sich an keine Formeln binden will, und für die praktische Kompromißerei das „ein wenig, aber nur nicht zu viel“, das Schmoller verkörperte, waren die Umstände besonders günstig. Schmoller hat, wie wenige, seine Zeit erlebt, sie repräsentiert und ist mit ihr gestorben.

Friedrich Stampfer.

Schmoller, der in der Nacht zum Mittwoch in Bad Dargburg gestorben ist, war im Jahre 1838 als Heißbrunn geboren, hatte in Tübingen studiert und wurde 1864 Professor der Staatswissenschaft in Halle, ging 1872 nach Strassburg, 1882 nach Berlin, wo er als Lehrer der Nationalökonomie an der Universität bis zum Jahre 1913 wirkte. Er war in den Adelsstand erhoben, mit der Berufung ins Herrenhaus und durch zahlreiche Orden ausgezeichnet worden. Seine Schriften sind überaus zahlreich. Wir heben daraus hervor: „Zur Geschichte der deutschen Kleinindustrie im 19. Jahrhundert“, „Entwicklung und Krisis der deutschen Weberei im 19. Jahrhundert 1878“, „Offenes Sendschreiben an Treitschke 1875“. Schmollers Hauptwerk ist der Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, der 1900 erschien und zahlreiche Auflagen erlebt hat.

persönlich glaube, daß die Vermeidung von Gegenmaßnahmen weit besser sein würde. In kommenden Jahren wird man dankbar dafür sein, daß man sich nicht bis zum Standpunkt der Deutschen erniedrigt hat. Ueberdies wird es offensichtlich nicht allgemein erkannt, daß Bomben zur Vergeltung jeden Tag abgeworfen werden. Eisenbahnstationen, Truppen, Kolonnen, Munitionslager, Stabsquartiere im Felde und Eisenbahnen werden regelmäßig und planmäßig mit Bomben beworfen, und ich glaube sicher, daß das Volk, wenn es die Ergebnisse dieser Angriffe wüßte, zufrieden sein würde. — Der Kriegsminister Lord Derby gab zu, daß der Umfang der Tätigkeit mit Bomben hinter den feindlichen Linien, die Tag für Tag von den britischen Luftstreitkräften ausgeführt werden, nicht genügend bekannt sei. Man übertreibe nicht, wenn man sage, daß die Engländer für jede Bombe, die von den Deutschen hinter den englischen Linien abgeworfen wird, hundert hinter den deutschen Linien abwerfen. Diese Bombenwürfe hätten militärische Ziele, und er meine, wenn das Land dem Gedanken zustimme, daß die Engländer nicht versuchen sollten, die Deutschen in ihrer Brutalität nachzuahmen, die Anwendung des Grundsatzes „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ durch Hinmorden von Frauen und Kindern unbedingt der englischen Nation widerstrebe; und wenn es sich um Vergeltungsmahregeln handle, so müßten die Engländer bestimmte militärische Ziele vor sich haben.

Friedensdebatte im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Alle Völker Oesterreichs wollen Frieden!

Wien, 27. Juni. Das Abgeordnetenhaus nahm die Vorlage betreffend die Mandatsverlängerung bis zum 31. Dezember 1918 an. In der Verhandlung über Anträge an die Regierung betreffend Vorbereitungen für etwaige Friedensverhandlungen erklärte der polnische Sozialist Dąbski: Der Wille zum Frieden befehle alle acht Völker Oesterreichs; die Regierung solle die Kriegsziele und Friedensbedingungen Oesterreichs bekanntgeben. Jedem Volke müsse das freie Recht auf Selbstbestimmung zugestanden werden. (Beifall bei den Polen.) Ministerpräsident Dr. von Seidler wies die während der gestrigen Debatte gefallenen Äußerungen entschieden zurück, die vom Standpunkt der Hochhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche als tief verlegend empfunden werden müßten. (Zustimmung und Beifall.)

Bezüglich der zur Verhandlung stehenden Anträge erklärt der Ministerpräsident nach Rücksprache mit dem Minister des Auswärtigen: Die Annahme der Anfrage Dąbski, als ob die österreichisch-ungarische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage eines dauerhaften Friedens anerkannt hätte, ist irrtümlich. Die österreichisch-ungarische Regierung steht auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes, wonach es seiner Majestät vorbehalten ist, Frieden zu schließen und somit dem Monarchen die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Völker Oesterreichs in jenen entscheidenden Augenblicken anvertraut erscheint. Unter dieser ausdrücklichen Verwahrung der Hoheitsrechte der Krone ist die österreichisch-ungarische Regierung jederzeit bereit, im Einvernehmen mit ihren Bundesgenossen auf der Basis eines ehrenvollen Friedens mit dem Feinde in Verhandlungen zu treten, lehnt jedoch entschieden jede andere Grundlage für Friedensverhandlungen ab. Der Minister des Auswärtigen hat unsere Bereitwilligkeit zu einem ehrenvollen Friedensschluß, welcher die Garantien einer freien und gesicherten Entwicklung der Monarchie enthält, offen zum Ausdruck gebracht. Hierüber kann auch bei unseren Feinden kein Zweifel herrschen. Solange unsere Feinde diesen Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung und unserer Verbündeten nicht annehmen, werden wir weiterkämpfen in festem Vertrauen, daß die heldenmütigen Leistungen unserer Armeen, verbunden mit der aufopferungsvollen Tätigkeit des Hinterlandes, den Tag bringen werden, an welchem den Völkern der Monarchie der Lohn ihres Aushaltens durch den ehrenvollen Frieden gesichert wird. (Beifall.)

Die von wahrer Menschlichkeit getragenen Intentionen, welche aus den vorliegenden Anträgen sprachen und die volle Würdigung der österreichisch-ungarischen Regierung erfahren, dürfen wohl als Beweis dafür angesehen werden, daß die auf die Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens gerichtete Politik der Mittelmächte in der Auffassung des Hauses und in dem Willen der österreichischen Völker eine kraftvolle Stütze findet. (Beifall.)

Seib (deutscher Sozialdemokrat) polemisierte gegen die Bemerkung des Ministerpräsidenten bezüglich des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und erklärte, keine Annexionen, keine Kontributionen und Selbstbestimmungsrecht der Völker, das seien die Mittel, die zum Frieden führen. Die Erklärung der Regierung genüge nicht.

Soukup erklärte, die tschechischen Sozialdemokraten würden jede Aktion zur Wiederherstellung eines dauernden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen basierenden Friedens unterstützen.

Sitzki (deutscher Nationalverband) hielt eine Rede zum Ruhme der Armee und sagte, man wolle einen Frieden, der Gewähr bietet, daß die unendlichen Opfer nicht umsonst gebracht wurden. „Vergessen Sie nicht, daß Deutschland das blinkende Schwert für uns gezückt hat, und daß wir als Gegenwehr das Schwert über Deutschland gehalten haben.“ (Beifall und Beifruhe.)

Annahme des österreichischen Budgetprovisoriums.

Das Abgeordnetenhaus hat den vorläufigen Haushaltsplan in zweiter Lesung mit 292 gegen 150 Stimmen angenommen.

In der Obmannsprache wurde vereinbart, der Regierung bekanntzugeben, daß man es für zweckmäßig halte, die Delegationen Mitte Juli einzuberufen.

Die bösen Polen.

Vor wenigen Tagen hat ein besonderer Gewährsmann der „Köln. Ztg.“ den Polen aus Anlaß des Beschlusses Letzterer sehnüchlich etwas mehr Reize gewünscht und sie an die Pflichten der Dankbarkeit gemahnt. Berliner Blätter setzen die Predigt wider die üppige Begehrlichkeit fort. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ knüpfen an den durch die österreichischen Polen bewirkten Sturz des Ministeriums Clam-Martinić folgende Betrachtung:

„Es zeigt sich auch hier, wie überreizt und verhängnisvoll die Proklamation des neuen Polenreiches war. Aber noch ist es nicht zu spät, gefährliche Folgen abzuwenden; allerdings gehört dazu in Berlin und namentlich in Wien eine starke Hand und ein starker Wille, damit Oesterreich und das Deutschum selbst nach einem vollen Siege nicht geschwächt aus diesem Völkerringen hervorgeht.“

Daselbe Thema wendet der „Berliner Lokal-Anzeiger“ ab, der sich über die Neuorientierung der Verwaltungspraxis gegenüber den Polen erheißt und behauptet, den Polen solle

aus Rücksicht auf kritische Ausland jeder Anlaß zur Klage in der preußischen Anstaltungstätigkeit und im Bereich der Schulfragen genommen werden. Man höre das Klagegedicht: „So liegen die Dinge zurzeit. Sie sind nicht unwandelbar; viellecht, daß sie morgen schon wieder ein anderes Gesicht zeigen. Aber mit trügerischen Hoffnungen dürfen wir uns diesmal nicht abspiegeln lassen, wo nicht mehr und nicht weniger auf dem Spiele steht als die Erhaltung der Nachgründlagen des preußischen Staates und damit des Deutschen Reiches. Ob eine offene Aussprache über diese Gefahren zurzeit tunlich oder untunlich sein mag, ist eine Frage, die für ernsthafteste Leute nicht in Betracht kommen kann. Die Polen sind es, die den Stein ins Rollen gebracht haben und ihn in Bewegung erhalten, ohne Rücksicht darauf, daß wir an allen Grenzen unseres Vaterlandes um unser Dasein zu kämpfen haben. Gerade diese Lage ist es ja, die sie ausnützen wollen, und wir werden ihrer Unerschlichkeit gegenüber einen immer schwereren Stand haben, je länger wir sie gewähren lassen — nur um des sogenannten lieben Friedens willen. Zum lieben Frieden gehören zwei, das haben wir nachgerade genugam erfahren. Wer uns aber ans Leben will, gegen den müssen wir uns wehren. Deshalb gilt es heizzeiten auf der Wacht zu sein, und wir haben allen Grund dazu, selber nach dem Rechten zu sehen. Im Osten ganz besonders!“

Die Drohung geht nicht an die Polen allein, sondern scheint auch noch andere Leute durch den Hinweis der Wandelbarkeit alles Irdischen von heute auf morgen erschrecken zu wollen.

Am schwersten liegt den Alldeutschen die beherrschende Stellung der Polen in Oesterreich auf dem Herzen. Aber statt in dem deutsch-polnischen Ausgleich das Mittel zu erblicken, den polnischen Einfluß auf das richtige Maß zurückzuführen, verlangen sie, daß die deutsche Regierung mit dem dicken Stock in Wien ihre Weisheit predige. Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ fordern kategorisch:

„Wir verzichten im Augenblick darauf, nochmals eingehend nachzuweisen, wie sehr auch das Schicksal des Deutschen Reiches von der Haltung der österreichischen Regierung und ihrer Rationalitätspolitik abhängig ist und wünschen, daß es der österreichischen Regierung gelingen möge, wenigstens vorläufig zu einem Ergebnis zu kommen, das ihr die Fortführung des Krieges in der bisherigen Geschlossenheit ermöglicht. Die Zukunftfragen werden auch in Oesterreich durch das Ergebnis des Krieges entscheidend beeinflusst werden und die Deutsche Regierung wird jedenfalls in der Lage sein, nötigenfalls ein kräftiges Wortlein mitzusprechen, zumal wo es sich doch darum handelt, die Stellung der Polen in beiden Monarchien und in dem neuen polnischen Staatswesen endgültig zu regeln.“

In Oesterreich werden die ungerufenen Ratgeber, die ein kräftig Wortlein zu reden begehren, vermutlich weniger höflich als energisch gebeten werden, vor der eigenen Tür zu stehen. Die schönen Tage der Aera Stuergh sind vorbei — hoffentlich für immer!

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 26. Juni. Eines unserer U-Boote hat im Atlantischen Ozean neuerdings acht englische bewaffnete Dampfer mit

40 500 Br.-Reg.-To.

versenkt und zwar: Die Dampfer Harburg (4572 To.) mit Hafer und Mais nach Frankreich, Appledore (3843 To.) mit Hafer und Heu nach England, City of Perth (3427 To.) mit Stückgut nach England, Buffalo (4106 To.), ebenfalls mit Stückgut, ferner einen unbekannt Dampfer von etwa 12 000 To., der schwer beladen nach Amerika fuhr, sowie drei große, beladene Frachtdampfer, von denen einer aus Geleitzug herausgeschossen wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Gegen die russische Donaumündung.

Der russische amtliche Heeresbericht vom 26. Juni meldet aus dem Schwarzen Meer: Ein Teil unserer Seestreitkräfte führte vom 23. bis 25. Juni eine Unternehmung nach der russischen Donaumündung aus. Der feindliche Leuchtturm und die Junkenstation auf der Schlangen-Insel wurden zerstört. Unser Landungskorps erbeutete auf der genannten Insel ein Maschinengewehr und eine Anzahl Waffen, zerstörte feindliche Geschütze und legte mit elf Gefangenen an Bord zu. Auf der Rückfahrt versuchten russische Linienschiffe und Zerstörer unsere Seestreitkräfte abzuschneiden. In dem entstehenden Gefecht erzielten unsere Streitkräfte auf große Entfernung Treffer auf einem feindlichen Zerstörer; ein Marineschiff wurde mit Erfolg Bomben auf ein feindliches Linienschiff. Unsere Seestreitkräfte und das Flugzeug sind unbeschädigt zurückgekehrt. Besonders hat sich die Widwilli hervorgetan.

Die Kämpfe im Westen.

Franciaischer Heeresbericht vom 26. Juni nachmittags. Gegen Ende des gestrigen Tages unternahmen unsere Truppen nach kurzer Artillerievorbereitung einen glänzenden Angriff nordwestlich von Durbise gegen den vom Feinde stark ausgebauten Vorprung. Alle unsere Ziele wurden erreicht. In einigen Augenblicken fiel die erste deutsche Linie in unsere Gewalt. Feindliche Gegenangriffe auf die beiden Flügel der eroberten Stellung, die durch eine heftige Beschichtung unterzucht wurden, wurden durch unser Feuer gebrochen. Der durch die Wildheit des Angriffes überforderte Feind erlitt erhebliche Verluste und ließ mehr als 300 Gefangene, darunter 10 Offiziere in unseren Händen. Verschiedene feindliche Bunkersysteme gegen unsere kleinen Posten im Abschnitt von Ailles, in den Argonnen und in der Gegend von Tahure scheiterten in unserem Feuer.

Vom 26. Juni abends. Der Tag war ruhig außer in der Gegend von Roulin Laffaux, wo der Artilleriekampf ziemlich lebhaft war, und in der Gegend der heftig beschossenen Stadt Reims.

Englischer Heeresbericht vom 26. Juni nachmittags. Eine drückende Kampfhandlung wurde nordwestlich von Fontaine-les-Croiselles erfolgreich durchgeführt und eine Anzahl Gefangene gemacht. Ein feindlicher Streifzug wurde westlich von La Bassée abgeeschlagen. — Abends: Unsere Angriffsziele in den Kämpfen der vergangenen Nacht nordwestlich von Fontaines-les-Croiselles wurden unter geringen Verlusten erreicht. Zwei feindliche mit beträchtlichen Kräften gemachte Gegenangriffe wurden erfolgreich abgeeschlagen. Heute machten wir südwestlich von Lens weitere Fortschritte. Wir erweiterten unsere Gewinne. Die feindlichen Stellungen zu beiden Seiten des Soudesbaches gingen auf einer Front von zwei Meilen in einer Tiefe von tausend Yards in unsere Hände über. Wir besetzten Coulette. Fünf deutsche Flugzeuge wurden gestern zum Absturz gebracht. Von den unseren wird eines vermist.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die russischen Truppen in Frankreich. Der Stockholmer Korrespondent des „Handelsblad“ meldet: Die „Wirschewija Wjedomosti“ teilt mit, daß die französische Armeeverwaltung sich gegen die weitere Entsendung von russischen Verstärkungen nach der Front von Saloniki und der französisch-belgischen Front erklärt hat und ferner, daß die russischen Truppen in Frankreich zurückgelassen werden sollen.

Kanadisches Kanonenfutter. Nach dem Londoner „Oberber“ teilte der Premierminister Vorden mit, daß Kanada bisher 325 000 Mann nach Europa geschickt habe; die Verluste betragen bisher ungefähr 90 000 Mann, in den Munitionsfabriken arbeiteten über 300 000 Mann.

Politische Uebersicht.

15 Milliarden neue Kriegsanleihe.

Dem Reichstag ist eine Nachtragsvorlage zum Etat für 1917 zugegangen, die den Reichskanzler ermächtigt, weitere 15 Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Die Vorlage ändert den Etat ferner dahin ab, daß die Kosten für die diplomatische Vertretung in Haiti in Wegfall kommen.

„Ersparnisse“ des Weltkriegs!

Verfassungsausschuß und Wahlrechtsfrage.

Die Presse beschäftigt sich lebhaft mit den gestrigen Ausführungen des „Vorwärts“ über das Probestück, das der Verfassungsausschuß am kommenden Dienstag bei der Beratung der Wahlrechtsfrage der Einzelstaaten zu liefern hat. Das „Berl. Tageblatt“ ist etwas optimistischer als wir, und es bemerkt:

Wir möchten vorläufig die Lage nicht ganz so skeptisch ansehen, da die Erfahrungen der letzten Wochen wohl an keinem unbesangenen Beobachter ganz spurlos vorübergegangen sein können. Aber wenn der Verfassungsausschuß sich nicht zum gleichen Wahlrecht in den Bundesstaaten und zum parlamentarischen System im Reiche durchringt, dann wäre allerdings seine ganze Arbeit nicht mehr als ein Schlag ins Wasser.

Dagegen sieht die „Kreuzzeitung“ voraus, daß der Verfassungsausschuß „dem Kommando des „Vorwärts“ nicht folgen“ werde. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Man muß es der Sozialdemokratie lassen, daß sie in dieser Frage konsequent denkt und handelt. Die Unterhöhlung der Reichsverfassung, die andere Parteien sehr vorzüglich mit Beschließen beginnen möchten, denen man ein harmloses Mäntelchen umzulegen sucht, erscheint der Sozialdemokratie ein viel zu langames Verfahren: sie wünscht den offenen Konflikt zwischen dem Unitarismus und den Bundesstaaten möglichst schnell herbeizuführen, weil sie glaubt, bei der gegenwärtigen Schwäche der Regierung Forderungen auf diesem Gebiet jetzt durchdrücken zu können, die sonst vielleicht für lange Zeit ausbleiben würden. Vor allem geht es ihr natürlich um Preußen, getreu dem Worte Bebel: wenn wir Preußen haben, dann haben wir alles.

Ähnlich die „Post“, die „Berl. Neuesten Nachrichten“ ufm. Gegen diese Unterchiebung parteipolitischer Interessensbestrebungen in einer Frage, in der es um Deutschlands Zukunft geht, möchten wir bemerken, daß man keinen hinter einem Busch sucht, hinter dem man nicht selber gefessen hat. Doch die Herren irren: Um die Demokratisierung Deutschlands nach dem Kriege ist uns nicht im mindesten bange, und die paar Monate oder Jahre könnten wir auch noch gestrotzt warten. Aber darum handelt es sich, daß die Demokratisierung, die ohnehin kommen muß, rechtzeitig kommt, daß sie Deutschland in seiner schwersten Krise noch nützen kann. Ein verhängnisvolles Versäumnis möchten wir verhüten, wenn wir das aber nicht können, so möchten wir wenigstens die Verantwortung dafür nicht mitzutragen haben!

Das falsche System der auswärtigen Politik.

In der „Unabh. Nationalfort.“ veröffentlicht der konservative Abg. Dr. Roesicke einen Artikel über „das falsche System“, in dem er ausführlich, daß es viel weniger auf das Verhalten der Botschafter ankommt, als auf das der Zentralkommission, die ja auch für die Ausbildung des diplomatischen Nachwuchses verantwortlich sei. Dann fährt er fort:

Sind die Mißerfolge größer als die Erfolge, oder sind fast nur Mißerfolge und keine Erfolge zu verzeichnen, dann läßt schon das auf ein System schließen, das nicht das Richtige trifft. Bei uns besteht offenbar ein solches falsches System. Wir haben die inneren Verhältnisse der feindlichen Staaten, wofür die Geschichte nunmehr den Beweis erbracht hat, nicht richtig eingeschätzt und haben sie daher auch nicht ausgenutzt. Denn, hätten wir sie gekannt und hätten die Kenntnisse nicht benützt, dann würde das das schlimmste Zeugnis für die Leiter der auswärtigen Politik sein, das man sich denken kann. Wir haben sie also nicht gekannt und warum nicht? Es gibt nur eine Antwort darauf: Weil unsere auswärtige Politik es nicht verstanden hat, ein System durchzuführen, das sie unfehlbar in den Besitz zutreffender Kenntnis der inneren Verhältnisse der einzelnen fremden Staaten brachte.

Es gibt wohl keinen Menschen im Reiche, der mit den Ergebnissen der nachbismarckischen Auslandsdiplomatie zufrieden ist. Ueber die Gründe dieses bestemmenden Zustandes gehen die Meinungen weit auseinander. Herr Dr. Roesicke ist wahrscheinlich der Meinung, daß wir in Deutschland bis zum Ausbruch des Krieges viel zu viel Demokratie hatten und daß die Ratschläge der Alldeutschen viel zu wenig befolgt wurden. Wir erlauben uns, darüber der direkt gegenteiligen Ansicht zu sein, glauben die Richtigkeit dieser Ansicht durch harte geschichtliche Erfahrungen bestätigt zu finden, hoffen aber nicht, mit Herrn Roesicke darüber einig werden zu können.

Zur Papiernot. Auf der Jahresversammlung des Vereins deutscher Papierfabrikanten in Berlin wurde der „Tägl. Rundschau“ zufolge darauf hingewiesen, daß die Papierindustrie jetzt den ungeheuren Verbrauch der Kriegsgesellschaften decken müsse. So habe das Kriegsernährungssamt vor wenigen Wochen im Verlage von Reimar Hobbing ein Buch in einer Auflage von zwei Millionen Stück drucken lassen, für dessen Herstellung etwa dreißig Doppelwaggons Papiermenge erforderlich gewesen seien; das entspricht ungefähr dem Jahresbedarf von etwa 100 kleinen Provinzzeitungen. Es sei kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Papiervorräte knapp würden.

Letzte Nachrichten.

Der Fall Grimm-Hoffmann vor dem Schweizer Nationalrat.

Bern, 27. Juni. Meldung der Schweizerischen Depeschengentur. Vor überfüllten Tribünen begannen im Nationalrat heute die Verhandlungen über den sechsten und siebenten Neutralitätsbericht des Bundesrats, bei welchem Anlaß der Fall Grimm-Hoffmann zur Sprache kommt. Nationalratspräsident Buchler eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er feststellte, daß die Angelegenheit Hoffmann in den letzten Tagen der Schweiz erledigt worden und daß frei von fremdem Druck alles geschehen sei, was die Neutralitätspflicht von der Schweiz forderte, und daß niemand das Recht habe, mehr von ihr zu verlangen. Er mahnte zu ruhiger Besonnenheit und zu Verhandlungen in echt vaterländischem Geiste. (Beifall.)

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Die Feuerungszulagen der Krankenlängengestellten.

In einer starkbesuchten Versammlung der Angestellten der Groß-Berliner Orts- und Innungs-Krankenkassen referierte der Bevollmächtigte Krüger des Verbandes der Bureauangestellten über die Feuerungs- und Heizungszulagen der Krankenlängengestellten. Er zeigte, daß selbst bei den größten Einschränkungen eine Verteuerung der Lebenshaltung um durchschnittlich mindestens 125 Proz. zu verzeichnen ist. Den Angestellten und Hilfsarbeitern der Krankenkassen sind aber auf die Friedensgebühren bisher nur Feuerungszulagen von durchschnittlich 10 bis 20 Proz. bewilligt worden. Die Gehälter sind keineswegs hoch, da von den zurzeit bei den Krankenkassen beschäftigten Personen rund 45 Proz. ein jährliches Gehalt von unter 2000 M., 30 Proz. ein solches von 2000—3000 M. und nur etwa 25 Proz. ein Gehalt von über 3000 M. beziehen. Unter den letzteren sind die leitenden Beamten. Seit über einem Jahre ist die Feuerungszulage bei etwa der Hälfte der Angestellten unverändert geblieben oder um höchstens 5 M. erhöht worden. Unterernährung und dadurch bedingte starke Erkrankungsziffern seien jetzt unter den Krankenlängengestellten zu verzeichnen. Eine wesentliche Erhöhung der Feuerungszulage sei dringende Notwendigkeit. Die Kassen seien auch ausnahmslos ohne Beeinträchtigung ihrer sonstigen Leistungsfähigkeit zur Gewährung erhöhter Sätze in der Lage. (Lebhafte Beifall.)

In der sich anschließenden lebhaften Aussprache wurde von verschiedenen Rednern an Hand ihrer spezialisierten Wirtschaftsrechnungen nachgewiesen, daß sie bei ihrem jetzigen Einkommen die allerdringendsten Ausgaben nicht bestreiten könnten und immer wieder an der Ernährung sparen müßten. Die vorgeschlagenen Erhöhungen wurden als nicht ausreißend angesehen, insbesondere aber wurde weiter die Gewährung einer einmaligen Feuerungszulage verlangt, da sonst die Angestellten nicht in der Lage seien, den notwendigen Winterbedarf an Kohlen, Kleidung usw. einzulassen. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„In Anbetracht der immer mehr ansteigenden Verteuerung sind die bisher den Beamten, Angestellten und Hilfsarbeitern gewährten Feuerungszulagen vollkommen unzureichend. Die Verammlung hält daher eine Erhöhung der bisherigen Sätze und eine Regelung der Feuerungszulagen nach folgenden Grundätzen für dringend notwendig: Es erhalten Verheiratete 60 M. monatlich und für jedes Kind unter 16 Jahren, sowie für Kinder unter 18 Jahren ohne eigenen Erwerb (Schüler, Lehrlinge, Erwerbsunfähige) 10 M., Ledige über 18 Jahre 50 M., Ledige unter 18 Jahren 30 M., Ledige, die einen eigenen Hausstand führen oder Angehörige zum überwiegenden Teil aus ihrem Arbeitsverdienst erhalten, stehen den Verheirateten gleich. Verheiratete Frauen, deren Ehemänner aus ihrem Arbeitsverdienst zum Unterhalt des Hausstandes beitragen, stehen den Ledigen gleich. Die Erhöhung tritt am 1. Juli in Kraft. Außerdem werden die Kassenverbände ersucht, sämtlichen Beamten, Angestellten und Hilfsarbeitern eine einmalige Feuerungszulage in Höhe eines Monatsgehälts zu bewilligen, damit die jetzt ganz besonders teuren Anschaffungen für den Winter gemacht werden können.“

Die Versammelten hoffen, daß die Kassenverbände diese beschiedenen Wünsche der Angestellten erfüllen und auch die Aufsichtsböörden in richtiger Würdigung der äußerst schwierigen Lebensverhältnisse die notwendige Genehmigung erteilen werden. Der Verband der Bureauangestellten Deutschlands wird beauftragt, die eventuell notwendig werdenden Verhandlungen mit diesen Instanzen zu führen.“

In seinem Schlußwort wies der Referent darauf hin, daß man von den selbst im praktischen Leben stehenden Krankenlängengestellten-Vorstandsmitgliedern und ihrem sozialen Empfinden wohl erwarten dürfe, daß sie den bescheidenen Wünschen der Angestellten entgegen kommen.

Lohnvereinbarungen im Schneidergewerbe.

In einer öffentlichen Versammlung der in der Schneiderei aller Branchen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die der Schneiderverband am Montag im Lehrvereinsbau abhielt, gab der Referent Kunde eine eingehende Darstellung der für die einzelnen Branchen des Schneidergewerbes erlangten Lohnerhöhungen. Danach ist für alle Branchen mit wenigen Ausnahmen eine Erhöhung der Löhne von 35 Proz. eingetreten. In den Kreisen der Nichtorganisierten ist die irrtümliche Ansicht vorhanden, daß sie die Zulage von 35 Proz. auf Grund einer behördlichen Verordnung zu beanspruchen hätten. Das ist nicht der Fall. Vielmehr ist nach der Verordnung über die Webstoffverarbeitung ein Zuschlag um 10 Prozent in den Fällen zu zahlen, wo der Wochenverdienst den neunfachen Betrag des ordentlichen Tagelohnes — das sind für erwachsene männliche Arbeiter 36 M., für erwachsene Arbeiterinnen 27 M. — nicht erreicht. Diese Bestimmung gilt für die in den Werkstätten der Fabrikanten Beschäftigten. Die bei Zwischenmeistern Beschäftigten haben die 10 Proz. zu beanspruchen ohne Rücksicht auf die Höhe des Verdienstes und ohne Unterschied, ob sie in der Werkstatt oder außer dem Hause arbeiten. Außer der auf Verordnung beruhenden Zulage von 10 Proz. ist eine Lohnerhöhung von 25 Proz. eingetreten, die auf Vereinbarungen zwischen dem Schneiderverband und den betreffenden Unternehmerorganisationen beruht, und die durch Tarifverträge, die meist schon seit Jahren bestehen, festgelegt sind. Solche tariflichen Vereinbarungen bestehen für alle Branchen mit Ausnahme derjenigen der Wulst- und Kleider- sowie der Kinderkonfektion. In diesen Branchen ist es bis jetzt auch nicht zum Abschluß von Tarifverträgen gekommen. Es soll aber dahin gestrebt werden, daß es auch hier zu einem Tarif-

Verhältnis kommt. Die Vorbedingung dazu ist, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wulst-, Kleider- und Kinderkonfektion sich in größerer Zahl als bisher der Organisation anschließen. Durch Besprechungen in den einzelnen Betrieben sollen die zurzeit bestehenden Löhne festgestellt und mit Hilfe des Verbandes eine Aufbesserung derselben durchgeführt werden, damit die Vorteile fester tariflicher Vereinbarungen dem ganzen Gewerbe ohne Ausnahme zugute kommen.

Ein paritätischer Arbeitsnachweis für das Transportgewerbe.

Auf Anregung des Magistrats haben der Arbeitgeberverband (Ostgruppe Berlin) in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben und der Transportarbeiterverband (Bezirksverwaltung Groß-Berlin) in Rücksicht auf die immer mehr in den Vordergrund des gewerblichen Lebens tretenden Notwendigkeiten einer geordneten Arbeitsvermittlung von geeignetem Arbeiterpersonal für die vorgenannten Gewerbe nach eingehender Beratung der Sachlage sich entschlossen, einen paritätischen Facharbeitsnachweis zu schaffen.

Dieser paritätische Arbeitsnachweis wird dem Arbeitsnachweis der Stadt Berlin als Fachabteilung angegliedert und in den Räumen des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin, O. Müllerstr. 9, am 2. Juli d. J. eröffnet. Die Arbeitsvermittlung erfolgt kostenlos und zwar: für das von den verschiedenen Branchen des Transportgewerbes benötigte Personal, Arbeiter- und Wulstfahrerpersonal, als auch für das von den verschiedenen Branchen des Handelsgewerbes benötigte Hausdiener-, Voder- und Boten- und Kutscherpersonal usw. sowie sämtliches für das Verkehrsgewerbe benötigte Personal, und für Kraftwagenfahrer aller Gattungen und Systeme, werktäglich in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 4—6 Uhr nachmittags.

Die Bestellung von Arbeitskräften bezw. die Meldung offener Stellen können durch die Post oder auch telephonisch — Amt Norden Nr. 2375—7 und 11040—47 — erfolgen und werden solche werktäglich in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends entgegengenommen.

Da dieser Arbeitsnachweis unter Aufsicht der städtischen Verwaltung von einem Kuratorium geleitet wird, das aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht, wird den den Arbeitsnachweis benutzenden Firmen die größtmögliche Gewähr dafür geboten, daß die ihnen auf Verweisung überwiesenen Kräfte allen Anforderungen an ihre Fähigkeit genügen und mit den einschlägigen Arbeiten vertraut sind.

Im Interesse aller Arbeitgeber des Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbes liegt es, wenn diesem den Zeitverhältnissen entsprechenden auf moderner Grundlage aufgebauten gemeinnützigen Unternehmen seitens der Arbeitgeber die weitgehendste Unterstützung dadurch zuteil wird, daß dem Nachweis jede offene, und jede freiwerdende Arbeitsstelle gemeldet und die benötigten Kräfte nur durch den Nachweis bezogen werden.

Ausland.

Ein Zeichen der Internationale.

Ein schönes Dokument internationaler Gesinnung ist der folgende Brief, den der Granitsteinhauerverband Amerikas am 26. März 1917 an den internationalen Sekretär Kolb gerichtet hat; er lautet nach dem „Steinarbeiter“:

„Werter Freund Kolb! Ihren Brief, geschrieben im Februar, haben wir erhalten. So auch die Mitteilung für die zweite Summe des Geldes, welche ich Ihnen von unserer Organisation sandte. Es tut mir leid, nicht in der Lage gewesen zu sein, mehr zu senden; aber hier herrscht seit einiger Zeit eine größere Arbeitslosigkeit, und die Preise für den Lebensunterhalt sind zurzeit bei uns viel größer als in England oder in Europa. Dies kommt daher, weil von unseren Kapitalisten viel Nahrungsmittel über das Meer transportiert wurden; andererseits haben dieselben Nahrungsmittel so lange zurückgehalten, bis sie die Höhe dieser unerwünschten Preise erreicht hatten. All dies mußten unsere Mitglieder auf sich nehmen und darunter leiden; immerhin anerkennen wir gerne, daß wir doch noch in besserer Lage sind als unsere Berufskollegen in Europa, wo der Krieg wütet.“

Wir sehnen die glücklichen Tage, wo die Arbeiter in allen Ländern die Waffen wieder niederlegen und ihrer friedlichen Beschäftigung nachgehen, bald herbei. Die Zeiten, wo sie sich wieder mehr im Beruf, Handel, in der Kunst üben und wieder allgemeine Brüderlichkeit einander gegenüber befeunden, wo die Gewalt der Waffen weicht und an dessen Stelle der internationale Gedanke tritt.

Wir anerkennen gerne eure schwierige Lage in den Organisationen Europas und eure anstrengende Arbeit für Aufrechterhaltung derselben; ist es doch mitunter in normalen Zeiten nicht so einfach, befriedigende Resultate zu erzielen. Wenn aber erst durch so schwere Kriegszeiten die Arbeiter von deren Folgen so ungemein belastet werden, dann wird die Arbeit der Organisationsbeamten eine noch viel intensiver sein müssen, um die Mitglieder, die abtrünnig zu werden drohen, halten zu können.

All dies berücksichtigend, möchten wir nicht unterlassen, Euch in eurer bisherigen Arbeit zu ermutigen und Euch zu erlauben, die angefangene Arbeit für weitere Förderung der Organisationen in Europa vorwärts zu führen. Ist dann der Krieg endlich vorüber, so wird Euch dies zur großen Befriedigung zeigen, daß die geschaffenen Institutionen es auch ermöglichen werden, in kürzester Frist die zentralen und internationalen Verbindungen wieder vollständig hergestellt zu sehen.

Auch geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß sich in Bälde alle übrigen Steinarbeiterverbände Amerikas unserem Vorhaben anschließen und mitbelfen werden an besserer gegenseitiger Verbin-

dung sowie an der materiellen Hilfeleistung für die geschädigten Steinarbeiterorganisationen Europas. In diesem Sinne habe ich mich bereits an alle diese Verbände gewendet, ihnen eure Lage geschildert und sie gebeten, Brüderlichkeit zu zeigen, daß sie mit uns und Euch einig gehen und zur Förderung eurer Organisationen beitragen. Am meisten bedauerte ich, nicht auch das gleiche Empfinden bei den Sandsteinhauern vorzufinden, obgleich gerade unter diesen sich viele befinden, denen die europäischen Verhältnisse sehr gut bekannt sind und die von eurem Weltteil abstammen. Ich habe sie persönlich ermahnt, ihre Solidarität Euch gegenüber zu bekunden, nicht bloß in Worten, sondern in Taten. Leider gibt es darunter viele, welche vergessen, woher sie kommen; vergessen, daß sie verpflichtet wären, beizutragen, daß in jenen Ländern, von wo sie herkommen, die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse noch mehr zu fördern möglich wäre als wie bei uns. Ich hoffe aber doch, daß meine Worte Früchte tragen werden.

Ich übermittle Euch nochmals unsere besten Grüße und die herzlichsten Wünsche, eure Arbeit werde zur Wohlfahrt der Steinarbeiter in Europa beizutragen dienen.

James Duncan, Quincy.

Soziales.

Meisterprüfungsgebühr für Kriegsbeschädigte.

Das „Correspondenzblatt“ schreibt: Die tiefgründige Frage, wer den Innungen die Gebühren zahlen soll, wenn ein Kriegsbeschädigter seine Meisterprüfung ablegt und das Geld dazu nicht übrig hat, verursachte eine kleine Staatsaktion. Die Gewerbeämter zu Leipzig wandte sich an das sächsische Ministerium des Innern um Rat und erhielt folgenden Bescheid:

„Es könne erwartet werden, daß die Vereine „Heimadant“ zu den Meisterprüfungsgebühren, die von den Kriegsbeschädigten zu erheben sind, im Bedarfsfalle nach Möglichkeit beitragen; sei aber die nötige Unterstützung nicht oder nicht in voller Höhe zu erreichen, so soll den Kriegsbeschädigten die Zulassung zur Meisterprüfung gleichwohl nicht verweigert werden. Die Gewerbeämtern werden vielmehr ermächtigt, in solchen Fällen den anderweitig nicht gedeckten Beitrag der Prüfungsgebühr auf Ansuchen der Bewerber aus der den Gewerbeämtern zur Verfügung gestellten Summe zur Gewährung von staatlichen Beihilfen zur Förderung des Klein-gewerbes zu entnehmen.“

Was es für die Vertreter der sächsischen Handwerkerinnungen in den Gewerbeämtern denn ganz undenkbar, daß man Kriegsbeschädigten die Meisterprüfungsgebühren erlassen kann?

Neuer Arztkonkist. Der Hauptvorstand deutscher Ostkrankenlängengestellten hat folgendes Rundschreiben ergehen lassen:

„Die Ärzteorganisationen beschäftigen sich zurzeit mit einer Umfrage der Krankenlängengestellterverbände bei einer Anzahl Krankenlängengestellten über die Honorare, die diese den einzelnen Ärzten gewähren. Die Umfrage erstreckt sich auf die Jahre 1913 und 1916, um ein möglichst zuverlässiges Bild über die tatsächlich gezahlten Bezüge zu erhalten.“

Die Ärzteorganisationen fordern ihre Mitglieder in den Veröffentlichungen auf, den Kassen die Angabe der den einzelnen Ärzten gezahlten Vergütung zu verweigern. Außerdem werden Behauptungen über die Wertverwertung der Umfrage aufgestellt, die den Tatsachen nicht entsprechen. Die Ärzte können gar nicht wissen, was die Kassenverbände mit der Umfrage beabsichtigen; trotzdem verurteilen sie allerlei Verdächtigungen, um die Verweigerung der Abrechnungen zu begründen. Diese Aufforderung ist ein neuer Beweis dafür, wie die Ärzteorganisationen einer zweckmäßigen Regelung der Arztfrage Widerstand entgegenlegen. Die Verweigerung der Angaben darüber, wie der Ärzteverein oder eine Ärztekommmission die von der Kasse gezahlten Summen an die einzelnen Kassenärzte verteilt hat, ist unhaltbar, denn der Vorstand der Krankenlängengestellten haftet für getreue Verwaltung der Kassengeschäfte. Er muß daher wissen, wie hoch das Honorar für den einzelnen Arzt ist, um prüfen zu können, ob es angemessen ist. Auch muß sich der Vorstand davon überzeugen können, ob die Zahlungen, die er aus Kassennitteln an die Beauftragten der Ärzte leistet, den getroffenen Vereinbarungen entsprechend den Kassenärzten als Arzthonorar zustehen. In vielen Arzterträgen ist daher ausdrücklich bestimmt worden, daß der Krankenlängengestellten über die Verteilung der ärztlichen Vergütung mitzuteilen ist. Dort, wo dies nicht bestimmt wurde, hat man diesen Grundsat als eine selbstverständliche Pflicht der Ärzte angesehen, die durch die Reichsversicherungsordnung gegeben ist.

Dieser Vorgang ist ein neuer Beweis dafür, daß die Kassen auf die einfachsten moralischen Verpflichtungen der Ärzte nicht bauen können, sondern alle Verpflichtungen in rechtlich gültiger Form niederlegen müssen. Die Krankenlängengestellten werden daher dringend ersucht, keinerlei Arzterträge zu schließen, in denen ihnen nicht ausdrücklich selbst die Auszahlung der ärztlichen Vergütung vorbehalten oder die Mitteilung über die Verrechnung zugesichert wird.

Wo die Ärzte oder ein Ärzteverein die Mitteilung, wie die Zahlungen der Kasse an die einzelnen Ärzte verteilt worden sind, verweigern, sollten alsbald die im Arzterträge vorgesehenen Instanzen angerufen werden, um festzustellen, ob die Verweigerung der Ärzte berechtigt ist.“

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Dieberich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Engel, Neudamm; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Nordwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stierg. 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.

A. WERTHEIM

Herren-Kleidung

- Lüster-Anzüge aus hellen und dunklen Farben
- Bastfarbene Anzüge
- Wasch-Westen neue Muster
- Weißer Flanelle- u. Körper-Beinkleider
- Loden-Anzüge u. -Mäntel

Herren-Wäsche usw.

- Herrenkragen Marineform, 6 cm hoch gute Makkoware 7.50
- Papierstoff-Kragen viele Form., Dtz. 95 Pf.
- Oberhemden mit festen Manschetten, farbig Perkal 6.50 an
- Nachthemden farbig Perkal 5.50
- Selbstbinder auch fertig gebundene Formen, einfarb. Seide, grosse Farbauswahl 2.90
- Herren-Strohhüte gerade Form v. 2.90 an
- Knaben-Strohhüte reiche Formen-Auswahl 1.65 an
- Hosenträger kräft. Curth. 1.25 1.90 2.50

Lederwaren

- Geldtaschen aus solidem ungefülltem Leder, mit Abteilung f. Papiergeld u. Münzen Damentaschen 4.25 Herrentaschen 4.50
- Geldscheintaschen aus solid. ungefülltem Leder 2.25 3.50
- Isolier-Flaschen, halten Getränke viele Stunden heiss oder kalt, mit bezogenem Mittelstück, für 1/2 Liter 3.50
- Rasier-Apparate flache Form mit nickelartigem Metallkasten u. 3 Ersatzklingen mit stoffbezogenem Kasten 4.50 2.75

Herren-Stiefel

- Herren-Schnürstiefel Chevreau, Box calf, Roß-Chevreau, Rindbox in diversen Ausführungen und Preislagen

Kinder-Stiefel

- Knaben-Stiefel u. Sandalen mit Holzsohlen, Größe 36-39 in diversen Ausführungen und Preislagen

Pelz-Umarbeiten an Mänteln und Stolas

Eigene Werkstätten · Sorgsamste Ausführung · In den Sommer-Monaten preiswerte Berechnung Unverbindliche Beratung für Instandsetzung und Aenderung nach den letzten fertiggestellten Neuheiten

Der sozialdemokratische Parteiauschuß über Stockholm.

Der Parteiauschuß trat am Dienstag, den 26. Juni, im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen. Vorsitzender Ebert begründete die Notwendigkeit seiner Einberufung. Statuengemäß habe der Parteiauschuß an der Festsetzung der Tagesordnung des Parteitag, der Bestimmung der Referenten usw. mitzuwirken. Durch Umfrage habe sich das nicht erledigen lassen. Ebert schlägt vor, die Tagesordnung der Sitzung folgendermaßen festzusetzen:

1. Bericht über die Stockholmer Verhandlungen;
2. Stellungnahme zum Parteitag;
3. Sonstiges.

Scheidemann über Stockholm.

Den Bericht über Stockholm erstattet Scheidemann: Die Augen der ganzen Menschheit sind jetzt nach Stockholm gerichtet. Man erwartet jetzt von Stockholm und den Sozialisten, was man bisher von den Regierungen leider vergeblich erwartet hat: den Frieden. Ob die Stockholmer Verhandlungen den Erfolg haben werden, und dem Frieden näher zu bringen, wer kann das wissen? Die bisherigen Verhandlungen in Stockholm sind nicht so verlaufen, wie wir das gewünscht hätten, aber viel besser, als mancher von uns befürchtet haben. Viele Kräfte sind am Werke, die Friedensarbeit von Stockholm zu bereinigen. Das erdärmlichste Beispiel dafür sind die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, welche angeblich die „Wahrheit“ über unsere Friedensarbeit verkünden sollen. Der unabhängige Verfasser, dem offenbar noch nicht genug Blut geflossen ist, hätte eine Bierde der nunmehr erledigten russischen Geheimpolitik werden können. In dem Augenblick, wo man endlich darauf rechnen kann, wenigstens einige der sozialistischen Parteien wieder zusammen zu führen, schleudert dieser führende Mann der unabhängigen feine unsauberen Anschauungen in den Saal, die er mit allerlei Verleumdungen bekräftigt hat. Als Dokument ionatischer Daffes und als Gipfelpunkt politischer Verlogenheit werden diese beiden Aufsätze für zukünftige Historiker dieser Zeit wertvolles Material bieten.

Ich möchte frunseln darüber reden, wollte ich alle Verleumdungen und Unwahrheiten auflären und zurückweisen. Ich will mich mit zwei Beispielen begnügen. Da ist zunächst mein bekannter Glückwunsch an meine Solinger Wähler vom Neujahr 1915. Daraus wird der Teufel: „... wir wollen die Absichten unserer Gegner zu schanden machen, wir wollen siegen“ herausgegriffen. Damit war klipp und klar gesagt, daß unser Sieg darin bestehen soll, daß wir die Absichten der Gegner vereiteln. In der „Leipziger Volkszeitung“ aber wird dem Satz eine längere Darlegung vorausgeschickt, derzufolge die Mehrheit lange Zeit einen Sieg im Sinne der Allduischen erstrebt habe! Als angeblicher Beweis für unsere Verleumdungsgelüste wird aus meinem Satz das Wort „Siegen“ hervorgehoben. Wie blödsinnig diese Auslegung ist, beweist der einfache Hinweis auf unsere vorhergehenden Erklärungen vom 4. August und 2. Dezember 1914, in denen wir jede Eroberungspolitik weit von uns weisen. In zahlreichen Reden und Artikeln habe ich auseinandergesetzt, daß unser größter Sieg darin bestehen werde, die gegnerischen Pläne zu vereiteln. Weiter legt die „Leipziger Volkszeitung“ in ihren Artikeln dar, ich hätte im März 1915 nicht gewagt, über den Frieden zu sprechen, und erst Daase habe gesagt, was nötig gewesen sei. Tatsächlich hat Daase am 10. März zur auswärtigen Politik gesprochen, und zwar im Auftrage der Fraktion, die seine Rede ausdrücklich festgelegt hatte. Ich habe dann noch Daase am 17. März wiederum im Auftrage der Fraktion über die innere Politik zu sprechen gehabt. Ich habe meine Rede so angefangen: „Was zur auswärtigen Politik zu sagen war, hat reichlich mein Parteifreund Daase ausgeführt und ist in den Erklärungen der Fraktion vom 4. August und 2. Dezember niedergelegt. Es ist seither kein Ereignis eingetreten, das uns veranlassen könnte, davon im geringsten abzugehen.“ Was hat die „Leipziger Volkszeitung“ aus diesem einfachen Tatbestand zusammengewürfelt! Ihre Zitate sind aus dem Zusammenhang herausgerissen, und zwar, um besser auf die Urteillosen zu wirken, ohne daß auf die politische Situation irgendeine Rücksicht genommen wird, in der so oder anders gesprochen wurde. Wichtig ist an der ganzen „Entbillung“ nur das eine, daß wir mehrfach in der Fraktion abgelehnt haben, zu bestimmten Zeiten im Reichstage über den Frieden zu sprechen, nämlich dann, wenn es nach der militärischen und politischen Lage Wahrscheinlichkeit wäre und dem Frieden nur geschadet hätte. Zu derselben Zeit, als wir es ablehnten, im Reichstag bestimmte Dinge auszusprechen, haben wir sie hundertfach in Volksversammlungen gesagt. Es kommt darauf an, wo und wann man ein Wort spricht. Praktische Politik ist nicht unabhängig von Raum und Zeit. Es kann Pflicht für uns sein, das Gleiche vier- oder fünfmal im Reichstage und hundertmal in Volksversammlungen zu sagen, aber es könnte unter Umständen ein Verbrechen oder eine Sünde sein, es auch nur ein einziges Mal zu wiederholen. Wir sind immer energisch für einen Frieden der Verständigung eingetreten. Wir haben niemals Grundzüge preisgegeben. Aber Sozialist sein heißt nicht ein Sapagei sein, der immer dieselben Formeln herunterbetet. Wir haben uns stets nach der jeweiligen Situation zu richten und tragen für unsere Taktik die Verantwortung vor dem Land und vor der Geschichte.

Das Zustandekommen der Stockholmer Konferenz begegnete großen Schwierigkeiten und wäre ohne Borgbjergs Mitwirkung vielleicht gar nicht gelungen. Welches Mißtrauen hat man in der ganzen Welt gegen die deutsche Sozialdemokratie zu erwecken gesucht! Man hat uns als die eigentlichen Kriegswüter, als die gebliebenen Diener des deutschen Imperialismus hingestellt gesucht. Die Denkschrift, die wir über unsere Friedensarbeit in Stockholm überreicht haben, wird manches Mißverständnis und viele darauf begründete Vorurteile hoffentlich zerstören. Freilich beginnt das Fälschen und Verleumben schon wieder. Aus der Bemerkung des „Vorwärts“, daß die Stockholmer Zusammenkunft der erste Triumph der Friedensbewegung sei, macht die französische Presse: der „Vorwärts“ habe von einem ersten Triumph Deutschlands geschrieben. Auch unser Memorandum von Stockholm ist auf dem Umwege über die englische Presse durchaus unzutreffend nach Frankreich übermittelt worden. Die englische Arbeiterbewegung hat ja leider kein politisches Organ und laum ein Gewerkschaftsblatt mit irgendwelchem eigenen Nachrichtenendienst. Die bürgerliche Ententepresse läßt und schwindelt, und die „Humanität“ unterdrückt und verschweigt vieles. Ueber unsere Arbeit berichtet sie in der Aufmachung des gewissenlosen „Domo“-Grumbach, und da können Sie sich ja denken, welches Bild entsteht. Allen diesen Treibereien kommt nun der Manifestationsstreik der „Leipziger Volkszeitung“ mit seinen Verleumdungen und Fälschungen zu Hilfe. Es ist gar nicht zu erweisen, wieviel Blut an den Fingern dieser Wiederwärtler klebt. Ohne sie wäre es vielleicht früher gelungen, die Internationale zusammenzubringen, und dann hätte der Menschheit viel Blutvergießen erspart bleiben können.

Scheidemann gibt dann eine ausführliche Darstellung der Reise Borgbjergs nach Petersburg.

Reise Borgbjergs nach Petersburg.

Obwohl Borgbjerg als neutraler Sozialist, dänischer Journalist und Vertreter allgemeinen Menschheitsinteressen kam, war seine

Mission recht schwierig. Aber die authentischen Mitteilungen, die er uns über unsere Friedensbemühungen machen konnte, sind doch sehr wertvoll gewesen. Die erste Frage, die ihm von den russischen Genossen gestellt wurde, war die, ob der Reichstagsler mit unseren Erklärungen einverstanden sei. Da zeigte sich sofort, wie unglaublich falsch man im Ausland über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie unterrichtet ist. Borgbjerg hat die russischen Genossen gründlich darüber aufgeklärt, daß wir mit dem Kaiser nichts zu tun haben, daß wir weder Regierungspartei noch Mehrheitspartei sind. Eine weitere Frage der Russen ging dahin, ob andere Parteien mit uns gleicher Meinung seien. Borgbjerg ant-

„Vorwärts“-Tage.

Der Krieg hat uns verschiedene Arten von Tagen gebracht. Unsere Leser sollten die dreimal vierundzwanzig Stunden, die uns von dem Quartalswechsel trennen, zu richtigen „Vorwärts“-Tagen machen, an denen sie ihrem Pfad und damit ihrer Sache unermüdet neue Freunde werben.

Mögen sie folgendes bedenken:

Jedes Tausend neuer Leser, das der „Vorwärts“ gewinnt, ist ein Zeichen dafür, daß die Bewegung für Frieden und Freiheit tiefer Wurzel geschlagen hat.

Jedes Tausend neuer Leser, das der „Vorwärts“ gewinnt, bedeutet für seine Redaktion und die ganze sozialdemokratische Partei Ermutigung und Ermütigung, auf dem betretenen Wege weiter fortzuschreiten.

Jedes Tausend neuer Leser, das der „Vorwärts“ gewinnt, ist aber auch ein Ehrengewinn, das sich die werktätige Bevölkerung Groß-Berlins selbst anstellt, ein Zeichen dafür, daß sie sich von der politischen Gedanken- und Ziellosigkeit einer verhassten Allermittelpresse befreit und zu eigenem Denken, eigenem Wollen erwaht.

Jedes Tausend neuer Leser, das der „Vorwärts“ gewinnt, ist schließlich auch ein Gewinn für die Gewonnenen selbst. Sie werden lernen, daß man dem furchtbaren Schicksal, das auf uns allen lastet, nicht schlaff und untätig gegenübersteht. Sie werden sich aus ihrer Hoffnungslosigkeit aufrichten und mit uns für eine bessere Zukunft kämpfen.

Darum laßt die wenigen letzten Tage bis zum 1. Juli rechte „Vorwärts“-Tage sein!

wortete, daß zweifellos nicht unbedeutende Teile des deutschen Volkes ebenso dächten wie wir. Er dachte dabei an Männer wie Theodor Wolff usw. Weiter fragten die Russen, ob es in Deutschland in absehbarer Zeit eine Revolution geben werde, ob damit sicher zu rechnen sei. Borgbjerg erwiderte, seiner Uebersetzung nach würde während des Krieges in Deutschland ganz gewiß keine Revolution eintreten, weil das ganze Volk darin einig sei, daß es sich seiner Haut wehren müsse. Ob nach dem Kriege revolutionäre Bewegungen eintreten würden, werde vom Ausgang des Krieges und der Gewährung demokratischer Rechte abhängen. Die Russen dürften nicht glauben, daß in Westeuropa eine Revolution wie bei ihnen möglich sei; eine solche hätte doch auch — um das ihm am nächsten liegende Beispiel anzuführen — in Dänemark, das demokratisch regiert werde, gar keinen Sinn; nur eine soziale Revolution könne für die Weststaaten noch in Betracht kommen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat dann nach der Sitzung, in der Borgbjerg empfangen wurde, noch ohne ihn über diese Frage beraten, und einer seiner Beauftragten hat Borgbjerg später mitgeteilt, daß seine Mission geglättet sei: der Rat sei bereit, zur Herbeiführung des Friedens im Sinne der Internationale und der Wünsche des holländisch-standinowischen Komitees mitzuwirken; er werde allerdings eine sozialistische Friedenskonferenz selbst einberufen. Borgbjerg betonte, daß diese Konferenz nicht im Gegensatz zu den Bemühungen des holländisch-standinowischen Komitees stehen wird.

Scheidemann sprach dann über die gegenwärtige Lage in Russland. Es könne nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß sich die Sache der Arbeiter- und Soldatenrats konsolidiere. Darauf deutete die mit ungeheurer Mehrheit erfolgte Bewilligung der sogenannten Freiheitskassette hin; die russischen Genossen hätten damit Kriegscredite bewilligt, weil sie der Meinung seien, daß es sich lohne, das neue Russland zu verteidigen. Sie hätten sich damit auf den gleichen Standpunkt gestellt, den die deutsche Sozialdemokratie Deutschland gegenüber eingenommen habe.

Der Redner berichtete dann eingehend über die Verhandlungen in Stockholm selbst, die bereits aus der Presse zum Teil bekannt sind. Er hob hervor, daß nicht Branting, sondern Troelstra bei den Verhandlungen mit der deutschen Delegation den Vortritt geführt habe. Davids ausgesprochene Rede sei nicht ohne Eindruck geblieben; die Delegation habe beschlossen, sie im Druck erscheinen zu lassen und allen Delegierten zugänglich zu machen. Unter den Worten Amerzions, Entschädigung, Wiederherstellung denke sich jeder etwas anderes; durch die Stockholmer Beratungen und durch unser Memorandum sind die Fragen einer ernstlichen Klärung entgegengeführt und eine Unterlage für die weiteren Vereinigungsbemühungen geschaffen worden. Besonderen Wert haben wir darauf gelegt, durch dokumentarische Darlegung unserer Friedensarbeit die Mißverständnisse und unheilbaren Vorurteile gegen uns zu zerstreuen. Wir hoffen, daß die genaue Darlegung unserer unermüdeten Arbeit für den Frieden auch im Auslande allmählich die Wahrheit zum Siege führen wird; denn wir wollen bei niemandem bösen Willen annehmen. Unsere Darlegung wird auch die anderen sozialistischen Parteien veranlassen müssen, sich über ihre Tätigkeit für den Frieden auszuweisen, wie das Thomas ja für die französische Sozialdemokratie schon in Aussicht gestellt hat. Vielleicht können wir dann auch in diesem oder jenem Punkte unser Urteil über die Haltung der französischen oder englischen Sozialdemokratie während des Krieges modifizieren.

Scheidemann faßte sein Urteil über Stockholm dahin zusammen, daß zunächst viele Hindernisse des gegenseitigen Verständnisses aus dem Wege geräumt seien. Die deutsche Delegation habe ihre Schuldigkeit getan und alles geleistet, was in ihren Kräften stand. Sie laßt gute Arbeit geleistet zu haben und ist entschlossen, auf diesem Wege weiter zu gehen. Nun muß auch die Regierung offener Farbe bekennen; es war falsch von ihr, bruchweislich von acht zu acht Tagen den Russen ein günstigeres Sonderangebot zu machen. Auch darf sie nicht länger zögern, vor aller Welt durch die Tat zu beweisen, daß es ihr mit der Neuorientierung Ernst ist. Wir brauchen

vollkommene politische Freiheit.

um das Mißtrauen des Auslandes gegen die deutschen Erklärungen und Absichten zu überwinden. Wir hoffen, daß der Parteiauschuß unsere Arbeit anerkennen wird. Den Verhandlungswillen zu kräftigen, scheint uns noch immer der einzige Weg zu einem nahen Frieden, und ihn müssen wir gehen, unbekümmert um das Geschrei von rechts und links. Arbeiten wir weiter für den Frieden, für Brot und Freiheit. (Lebhafte Zustimmung.)

In der Debatte sprachen Daudert-Weimar, Sebering-Bielefeld, Löbe-Breslau, Auer-Köln, Dr. David, König-Dortmund, Richard Fischer-Berlin, Reichhaus-Erfurt, Haberland-Düsseldorf, Brach-Hannover, Gehl-Danzig, Körner-Ludwigshafen, Keil-Stuttgart und Dr. Gradnauer-Dresden.

Mehrere Redner sprachen der deutschen Delegation in Stockholm ausdrücklich ihren Dank aus für die energische Vertretung der Interessen Deutschlands und des Friedens. Auf Anregung Löbes gab Ebert die Erklärung ab, das deutsche Memorandum von Stockholm werde vom Parteivorstand als Flugchrift zugleich mit der Widerlegung der Leipziger Lügen herausgegeben werden. Eine weitere Anregung Löbes, auch die Materialsammlung über die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie nicht nur deutsch und russisch herauszugeben, sondern auch in französischer Sprache zugänglich zu machen, soll gleichfalls Beachtung finden.

In übrigen war die Debatte eine ernste und eingehende Prüfung der politischen Gesamtlage, der Friedensfrage, des Ernährungswezens und der Aufgaben auf dem Gebiete des Verfassungsrechts. Sie fand ihren Abschluß nach einem Schlußwort Scheidemanns in der einstimmigen Annahme folgendes von Löbe beantragten Beschlusses:

Der Parteiauschuß spricht nach Kenntnisnahme des Berichts der deutschen Delegation auf der Stockholmer Konferenz sein Einverständnis mit der gesamten Tätigkeit der deutschen Delegierten aus und stimmt den Wünschen zu, welche sie über die Stellung der deutschen Partei zum Verhandlungsfrieden abgegeben hat. — Der Parteiauschuß erachtet die deutsche Delegation, die Arbeiten bis zur Hauptversammlung in Stockholm nach Kräften zu fördern.

Ebert über den Parteitag.

Ueber den Parteitag berichtet Ebert: In der vorigen Sitzung des Parteiauschnittes war eingehend die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit nachgewiesen worden, den Parteitag so schnell als möglich einzuberufen. Der Vorstand hat in einem Rundschreiben dem Parteiauschnitt den Vorschlag einer Tagesordnung unterbreitet und versucht, die Angelegenheit durch eine schriftliche Rundfrage zu erledigen. Die Tagesordnung war wie folgt vorgeschlagen:

1. Bericht des Vorstandes a) Allgemeines — Ebert; b) Kaffe — Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission — Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion — Dr. David.
4. Die nächsten Aufgaben der Partei — Scheidemann.
5. Anträge.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission usw.

Der Versuch mit der schriftlichen Rundfrage ist mißglückt. Es gab eine Reihe Einwendungen gegen die vorgeschlagene Tagesordnung. Presslau schlug vor, die Punkte 4 und 5 vor den Punkten 1 und 2 zu verhandeln. Es müßte unter allen Umständen vermieden werden, daß der innere Parteistreit in den Vordergrund der Verhandlungen gesetzt werde. Man habe den Parteistreit fallt, er könne am Schluß der Verhandlungen beraten werden. Diefelbe Auffassung ist von einer ganzen Reihe Redner in der letzten Sitzung vertreten worden. Der Parteivorstand wünscht auch möglichst wirkungsvolle Parteitagverhandlungen. Es ist aber nicht möglich, die agitatorische Wirkung des Parteitages dadurch zu erhöhen, daß man die Berichte der Parteileitung an den Schluß der Tagesordnung setzt. Was die Verhandlung nach so harmonisch beginnt, wenn sie ausläuft in Mißklang, dann ist der erste gute Eindruck ausgelöscht. Deshalb empfiehlt es sich, an der Reihenfolge der Tagesordnung nichts zu ändern. Die Ernährungsfrage oder die Friedensarbeit zu besonderen Tagesordnungspunkten zu machen, wie es von einigen Bezirken empfohlen wird, ist nicht ratsam. Beide Fragen bilden den Hauptteil der Tätigkeit der Parteileitung und der Fraktion, deshalb müssen sie in deren Berichten behandelt werden. Einen Korreferenten zum Fraktionsbericht kann der Fraktionsvorstand nicht beauftragen. Die Fraktion ist in der Beurteilung der meisten Fragen durchaus einig. Die Stellung zu den Kriegserträgen ist bereits auf der Reichstagskonferenz eingehend besprochen. Wünscht hier ein Vertreter der Kinderheilkunde verlängerte Redezeit, so wird der Parteitag dem nicht widersprechen. Weiter ist angeregt worden, für die Tätigkeit der Fraktion für die Soldaten einen besonderen Referenten zu bestellen. Im schriftlichen Bericht soll dieser Punkt von einem Spezialisten besonders behandelt werden. Außerdem werden wir die dazu erschienenen Presseartikel des Genossen Wöhl als Broschüre herausgeben. Damit dürfte der Anregung wohl Rechnung getragen sein.

Die Zukunftsaufgaben der Partei sollen unter Punkt 4 der Tagesordnung behandelt werden. Das ist schon lange dringend notwendig. Bisher hat uns der Parteistreit leider immer wieder von dieser Arbeit abgedrängt. Hier ist viel verfauldet. Jetzt aber muß unter allen Umständen die Stellung der Partei zu diesen entscheidenden Fragen präzisiert werden. Um die Behandlung dieses Themas recht wirksam zu gestalten, sind dazu besondere Vorbereitungen getroffen. Das Hauptthema wird in vier Untergruppen gegliedert. Für jede Gruppe soll ein besonderer Berichterstatter bestellt werden, und zwar: Demokratisierung: Landsberg, Wirtschaftspolitik: Cunow, Finanzpolitik: Keil, Sozialpolitik: Wöhl. Diese vier Berichterstatter sollen schriftliche Berichte geben, die spätestens drei Wochen vor dem Parteitag veröffentlicht werden. Der Berichterstatter zu Punkt 4 der Tagesordnung soll dann auf dem Parteitag die Materie und das Ergebnis der vorgegebenen Diskussion zusammenfassend behandeln. Die praktische Durchführung dieses Vorschlags ist sehr wohl möglich und gesichert. Das Verlangen, diese Themas einzeln auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Zeit nicht durchführen. Ob für die einzelnen Gebiete ständige Studienkommissionen eingesetzt werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag, kann noch erwogen werden. — Hannover wünscht die Abänderung des Organisationsstatuts auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Gesamtkonferenz des Statuts sei aber nicht notwendig. Eingelautete können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden. — Wir halten also an der von uns vorgeschlagenen Tagesordnung fest. Sie entspricht nach unserer Auffassung am besten den großen Aufgaben, die der Parteitag zu erfüllen hat. — Als Ort des Parteitages schlagen wir Würzburg vor. Die Voraussetzungen für gute Erledigung der Parteitagarbeiten sind dort gegeben. Wir hoffen, daß der Würzburger Parteitag der Ausgang neuer Aufstiegs und neuer Erfolge für die Partei sein wird. (Beifall.)

Löbe-Breslau begründet den Antrag, den Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes und der Fraktion nicht an den Anfang, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu setzen. Es sei nicht gut, mit dem Parteistreit zu beginnen. Wir sollten mehr als bis-

Her auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitagung achten. — Haberland - Oberfeld fragt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Bunde der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten und fragt an, auch den finanziellen Aspekten die Delegation zum Parteitag zu ermächtigen. — Andere Diskussionsredner schließen sich dieser Anregung an.

Reyer-Rüstringen bekämpft den Antrag Löbe und befürwortet weiter die Zuziehung des Parteiaussschusses zum Parteitag. — Uer - Hannover: Uns kommt es nicht auf die Zuziehung des Parteiaussschusses zu diesem einen Parteitag an, sondern darauf, daß er Beschlußrecht und damit einen festen Platz in der Parteioorganisation erhält. Einweilen schwebt der Parteiaussschuß ganz in der Luft. Redner wendet sich dann gegen den Antrag Löbe. Man müsse das Ventil für die Kritik sofort öffnen, dann werde der Parteitag einwirklich ausfallen. — Wils - Berlin polemisiert gleichfalls gegen den Antrag Löbe. — König - Dortmund zieht den Antrag zurück, die Ernährungsfrage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen; die Erklärung Eberts hierzu hätte ihn befriedigt. Auch König wünscht, daß der Parteitag durch starke Beteiligung und enge Verhandlungen so würdig wie möglich nach außen hin wirken möge. — Uer - München befürwortet den Antrag Löbe mit Rücksicht auf die Vorkriegsberichterstattung. Ueber die ersten Tage werde ausführlicher berichtet als über die letzten.

Ebert tritt noch einmal dafür ein, die Rechenschaftsberichte an die Spitze der Verhandlungen zu stellen. Parteivorstand und Fraktion hätten keinen Grund, die Debatten zu fürchten oder hinauszuwehen, selbst wenn dabei Meinungsverschiedenheiten zutage treten. Die Delegation müsse natürlich streng nach dem Statut erfolgen. Nicht wichtige Organisationsänderungen zu beschließen, während die große Masse der Parteigenossen im Felde stehe, könne er keineswegs empfehlen. Zur Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten habe der Parteivorstand nicht Stellung genommen, doch gehe die Auffassung wohl übereinstimmend dahin, daß alles, was dort angestrebt werde, Aufgabe der Partei und der Gewerkschaften sei. Die Partei müsse unausgesetzt und entschieden für die Interessen der Kriegsteilnehmer, insbesondere der Kriegsverletzten eintreten, und die Gewerkschaften würden für diese vielfach sogar besondere Einrichtungen schaffen.

Der Antrag Löbe wird abgelehnt. Die vom Vorstand vorge-schlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen und Burgburg als Ort des Parteitags festgesetzt.

Ebert teilt mit, daß einer der Genossen, der an der Gründung eines Parteiorgans für Leipzig beteiligt ist, sich wegen Nichtbehinderung der Verarbeitung an die Handelskammer gewandt hätte. Der Parteivorstand habe damit selbstverständlich nichts zu tun; er verurteile diesen Schritt. — Weiter teilt Ebert mit, daß die Änderung in der Redaktion der „Gleichheit“ durchgeführt sei. Die unter der neuen Redaktion erschienenen Nummern zeigten, daß das Frauenorgan der Partei jetzt seine Aufgaben wieder voll erfülle. Die Parteigenossen sollten sich energisch für die Verbreitung der „Gleichheit“ einsetzen. Damit sind die Verhandlungen beendet.

Außerordentliche Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes.

3. Verhandlungstag.

Nachdem am Dienstag vormittag die Teilnehmer der Generalversammlung die „Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Augsburg“ besichtigt hatten, wurde die am Montag nicht zu Ende geführte Debatte fortgesetzt. Gauleiter Riesling - Oberbaden schilderte die Misstände der Arbeiter, um die teils niedrigen Löhne der Textilarbeiter auf eine noch tiefere Stufe zu drücken. Klagen aller Art über ungenügende Entlohnung und sonstige Uebelstände, unter denen die Arbeiter schwer leiden, werden aus allen Bezirken, aus dem Sulzgebirge wie aus dem Erzgebirge, aus dem Elßaß wie aus Sachsen, Thüringen, dem Rheinland, Schlesien, Bayern, Westfalen usw. vorgebracht. Nachdem 31 Delegierte zu diesem Punkte gesprochen und erfreulicherweise auch viele weibliche Delegierte ihre Beschwerden vorgebracht, wurde die Debatte durch Schlußantrag beendet und eine Resolution zur Annahme empfohlen, in der der Extrakts der Referate wie der Debatten kurz zusammengefaßt sei. Die Wiltmannung über die nachstehende Resolution ergab ihre einstimmige Annahme:

Die außerordentliche Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes hält:

„Eine wesentliche Erhöhung der Einkommen der Arbeiter im Arbeiter- wie im Gemeininteresse unbedingt für erforderlich. Wesentliche Erhöhung des Einkommens der beschäftigten Textilarbeiter und -arbeiterinnen ist nur herbeizuführen durch entsprechende Erhöhung der Löhne auf Grundlage eines garantierten Minimal-Tagesverdienstes.“

Der Verbandsvorstand wird deshalb verpflichtet, die beschriebenen Bemühungen der Kollegenschaft tatkräftig zu fördern und im Falle von Schwierigkeiten die Arbeiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Von den militärischen und behördlichen Stellen, als den fast einzigen Auftraggebern der Textilindustriellen, erwartet die Generalversammlung eine in den gegenwärtigen Zeitumständen begründete gerechtere Würdigung der Arbeiterforderungen.“

Die Wünsche und Forderungen der Textilarbeiter für die Hebergangswirtschaft werden durch eine Resolution festgelegt, die von W. Müller - Dresden befürwortet, folgenden Wortlaut hat:

„Die Textilindustrie ist durch den infolge des Krieges eingetretenen Rohstoffmangel sehr hart betroffen. Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen der Textilindustrie mühen in anderen Industrien Unterkunft suchen. Deshalb erachtet es die außerordentliche Generalversammlung für dringend notwendig, daß die Reichsregierung, die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten und die Gemeinden sofort in Erörterungen aller die Hebergangswirtschaft berührenden Fragen eintreten.“

Es ist dringend notwendig, daß

1. die Reichsregierung zu den Ausschüssen und Bezirken für die Hebergangswirtschaft auch Vertreter der Textilarbeiterorganisationen zugieht;
2. a) die Regierungen derjenigen Bundesstaaten, in denen die Textilindustrie einen beachtlichen Bestandteil der Volkswirtschaft bildet, je einen Ausschuß berufen, dem auch Vertreter der Textilarbeiterorganisationen angehören müssen, b) soweit Bezirksamtsausschüsse notwendig sind, auch in diese solche Vertreter berufen werden;
3. in alle Ausschüsse nur solche Arbeitervertreter berufen werden, die von den Textilarbeiterorganisationen vorgeschlagen werden.

Die Tätigkeit der Ausschüsse hat sich auf alle Fragen der Hebergangswirtschaft zu erstrecken, insbesondere auch auf:

1. die Beschaffung und Verteilung der Rohstoffe,
2. die Wiedereinstellung der Textilbetriebe auf die Friedenswirtschaft,
3. die Zurückführung der Textilarbeiter in die Textilindustrie,
4. die Arbeitsvermittlung,
5. die Arbeitslohnförsorge,
6. die Lohnfrage und
7. den Arbeiterschutz.

Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes wird beauftragt, unbergänglich Schritte zu unternehmen, die die Reichsregierung und die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten veranlassen, die Ausschüsse für die Hebergangswirtschaft zu berufen und Vertreter der Textilarbeiterorganisationen zuzuziehen.“

Die Sitzung wird auf Mittwoch früh vertagt.

Parteinachrichten.

Die „Unabhängigen“ in der Klemme.

Den „Unabhängigen“, die mit dem Hinweis, daß die Mehrheitssozialisten mit Rücksicht auf die politische Lage es zugehen abgelehnt haben, vom Frieden und nur vom Frieden zu reden, die Friedensarbeit der Sozialdemokratie zu distanzieren suchen und den Alldeutschen mit geschäftiger Hand Wasser auf die Mühlen leiten, ist unangenehm, daß an den Fall Haase erinnert werden konnte. Haase hat sich bekanntlich im Mai 1915 gegen eine Friedensinterpellation gelehrt, weil die italienische Kriegserklärung vor der Tür stand und eine Friedensinterpellation in dieser Situation als Zeugnis kläglicher Schwäche gedeutet worden wäre und den Gegnern größeren Mut eingeschloßt hätte. Die „Leipziger Volkszeitung“ bemüht sich um die Vertheidigung Haases und erledigt dieses Geschäft in folgender Weise:

In der Fraktions-sitzung vom 17. Mai 1915 beantragte Hoch, eine Friedensinterpellation einzubringen. Genosse Haase als Fraktionsvorsitzender berichtete, daß der Reichslanzler aus Rücksicht auf die Krise in Italien — Italien stand unmittelbar vor der Kriegserklärung an Oesterreich — seine politische Rede bis zum 26. oder 27. Mai hinauszuschieben wollte; er fügte hinzu, daß er von der Einbringung einer Friedensinterpellation in diesem Augenblick abrate, man hätte sie schon im Dezember 1914 oder im März 1915 einbringen. Gerade jetzt aber könne sie in Italien als bestellte Arbeit wirken, den Ankeim erwecken, als sähe den Deutschen das Messer an der Gurgel. Dadurch könne sie geradezu die Kriegserklärung Italiens beschleunigen und zur Verschärfung der Kriegslage beitragen. Es wäre deshalb zweckmäßiger, mit der Friedensinterpellation zu warten, bis die Entscheidung in Italien gefallen sei.

Dies der Vorgang; er beweist lediglich, daß der Genosse Haase nicht, wie die Regierungsozialisten so oft lagen, öde Verneinungspolitik treibt, daß er vielmehr Notwendigkeiten der politischen Situation Rechnung zu tragen weiß, was ihn allerdings insofern von den Regierungsozialisten unterscheidet, als diese die Opportunitätspolitik grundsätzlich zur Richtschnur ihres Handelns gemacht haben.

Also das ist der Unterschied zwischen Scheidemann und Haase, daß Scheidemann „grundständig“, Haase aber nur gelegentlich die „Opportunitätspolitik“ zur Richtschnur seines Handelns gemacht hat. Im übrigen wird der von uns mitgeteilte Tatbestand nicht im geringsten bestritten. Auch Haase hat eingesehen, daß es Augenblicke geben kann, in denen vom Frieden reden, dem Frieden schaden heißt. Dann aber kann er es nicht als einen Beweis von Kriegslust und Friedensfeindschaft auslegen, wenn die Mehrheit auch in diesem oder jenem anderen Augenblicke von einer ausschließlichen Betonung des Friedenswillens nur eine Ermütigung der Gegner befürchtete.

Eine Frauenkonferenz für den Bezirk Niederrhein

fand in Eibersfeld statt. Es wurde zunächst über die Frauenbewegung im Bezirk Bericht erstattet. Wie in der Jugendbewegung, so seien auch in der Frauenbewegung die Agitationsarbeiten nur dort von Erfolg gekrönt gewesen, wo die Opposition nicht mit ihrer Verpöterung und ihrer Hemmung einwirkte. Obgleich die Nehmerinnen bedauerten, daß die Genossinnen Zeitin und Jäh durch die Meinungsverschiedenheiten in der Partei für unsere Frauenbewegung verloren gehen mußten, so wurde doch übereinstimmend hervorgehoben, daß der Beschluß in der Redaktion der „Gleichheit“ notwendig war. Die Konferenz erklärte sich ebenso einstimmig für eine intensive Agitation für die unter neuer Redaktionsführung stehende „Gleichheit“. — Im Laufe der Verhandlungen wurden von verschiedenen Seiten regelmäßige öffentliche Frauenversammlungen gefordert. Auch sollen monatliche Frauenlesebände wieder eingeführt und gelegentlich Ausflüge veranstaltet werden. Berichtet wurde auch, daß in einer Reihe von Orten die Genossinnen in Preisprüfungsstellen, Kriegslöhnerverwaltungen, in der Kriegsfürsorge usw. tätig sind. — Zu der im Juli stattfindenden Konferenz der Genossinnen wurde die Genossin Dröner-Eibersfeld delegiert.

Durch die Oppositionspresse ist ein Brief gegangen, den angeblich eine Genossin Vogel aus Barmen an Frau Jäh gerichtet habe und in dem die bekannten Anwürfe gegen die Mehrheitsanhänger wiederholt wurden. Dieser Fall Vogel wurde auch auf der Konferenz gestreift, da man sich in Barmen fragt, ob es dort eine Genossin Vogel gibt, die dank ihrer Arbeit innerhalb der Frauenbewegung berufen wäre, einen solchen Offenen Brief an Frau Jäh zu richten. Weder ein wirklich tätiger Parteigenosse noch eine Genossin kannten diese Vertreterin Jäh. Man wandte sich daher auch an die Redaktion der „Freien Presse“ in Eibersfeld um Auskunft, die die Genossin Vogel öffentlich aufforderte, ihre Adresse bekanntzugeben, damit man mit ihr in Verbindung treten könne. Da sich keine Frau Vogel gemeldet hat, so muß man annehmen, daß es im Falle Vogel um ein Mandat der Eibersfeld-Barmen Opposition handelt.

Das Archiv der Partei

richtet die Bitte an alle Genossen um Einsendung von Flugblättern und -Schriften über Partei- und Arbeiterfragen während der Kriegszeit. Nur durch die Mitarbeit aller Genossen ist es möglich, das historische Material auf dem Stande zu halten, der einer späteren Zeit die Kenntnis der Jetztzeit ermöglicht. Sendungen — auch der kleinste Handzettel ist erwünscht — sind zu richten an das

Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstr. 8.

Die Methoden der Unabhängigen.

Am Sonntag fanden sich aus 26 Orten des 15. sächsischen Kreises die der Gesamtpartei treu gebliebenen Genossen äußerst zahlreich in Chemnitz ein, um die Parteioorganisation wieder auf eine neue Grundlage zu stellen, das Band wieder fester zu knüpfen, das von den Unabhängigen zerrissen worden war. Nach einem die Bedeutung des Tages würdigenden Vortrag des Abg. Genossen Etzschke wurde denn fast einstimmig festgestellt, daß mit Ausnahme von Limbach die „unabhängige“ Bewegung nur wenig Anhänger zu verzeichnen hat.

Als Sitz der neuen Kreisleitung wurde Rittweide und Genosse Endler als Vorsitzender und als Vertreter des Kreises zum Parteitag bestimmt.

Mit welchen Mitteln die Unabhängigen arbeiten, geht daraus hervor, daß ein von dem Bezirksvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an eine Anzahl Genossen versandtes Rundschreiben behauptete, die Einladung zur Sonntagsgeneralversammlung sei eine — Fälschung. Auf gleicher Höhe steht ein der „Volksstimme“ beigelegter roter Zettel, in welchem der Verleger Franz in Limbach erklärt, daß im 15. Kreise ab 1. Juli nicht mehr die „Chemnitzer Volksstimme“, sondern die im Leipziger Stille in ein unabhängiges Blatt umgenommene „Muldenthaler Volkszeitung“ von den Kolporteursen ausgetragen werde. Solche unabhängige Mandate sind nicht neu. Auch im Zwickauer Bezirke bemühte der Leiter der unabhängigen Bewegung die Volksblattaus-träger, um seine Flugchriften an den Mann zu bringen. Das Handwerk ist ihm gelegt.

Frau Kupfer vor den Geschworenen.

An der heutigen Sitzung, die der Vorsitzende Landger. Direktor Arnold um 9½ Uhr eröffnet, stellt Justizrat Dr. Löwenstein zunächst die Bitte, die Angeklagte zu befragen, wie viele Einlagen in den zwei Jahren ihr zugeflossen sind, wie viel sie davon verwendet hat und ob ihr auch nicht ein Pfennig verblieben ist. — Angekl.: Nach meiner Rechnung sind mir circa 8 204 000 M. zugegangen und circa 8 100 000 M. habe ich aus-ges-gahlt. Die verbleibenden circa 70 000 M. habe ich zu meinem

Leben verbraucht. Beiseite geschafft habe ich nichts. Die 3 000 000 Einlagen sind wieder in die Hände der früheren Einleger zurückgeflohen. — Auf Antrag des Justizrats Dr. Löwenstein gelangt sodann ein von der Angeklagten erstelltes Rundschreiben vom 6. Januar 1917 zur Verlesung, als sie nicht mehr in der Lage war, alle Gläubiger zu befriedigen. — Angekl.: Ich hatte täglich 50 bis 70 und mehr Leute, die in meinem Vorzimmer warteten, abzufragen, und habe, um eine Regelung des ganzen Betriebes vorzunehmen, das Rundschreiben erlassen, in welchem ich mitteile, daß in der Auszahlung der Behörden eine Verzögerung eingetreten sei und die Firma deshalb zunächst nur kleinere Beträge den Einzahlern, die sich binnen acht Tagen melden, auszahlen könne. — Vorl.: Was Sie in dem Rundschreiben sagten, war doch alles un-wahr? — Angekl.: Natürlich! — R. A. Kalischer: Haben die Einzahler die Angeklagte sehr auf Auszahlung der Gewinne gedrängt? — Angekl.: Natürlich bin ich furchtbar gedrängt worden!

Als erster Zeuge wird sodann einer der Hauptbeteiligten, der bereits viel genannte Fritz Körtling-Dahlem unverteidigt benommen, nachdem sein Fall im ganzen zuvor noch einmal durch-gesprochen war. Die Frau Kupfer angibt, hat der Zeuge im ganzen etwa die Summe von 45 000 M. in bar in ihr Geschäft als Beteiligung eingezahlt und gegen 148 000 M. als selbstberechneten Gewinn in bar zurückgezahlt erhalten. Sein Konto schließt in den Jahren mit 758 000 M., wovon 612 000 M. zugunsten der Zeugen stehen. Nach der Angabe der Frau Kupfer berechnet der Zeuge auf diese Summe von 612 000 M. seine noch bestehende For-derung an sie, die aus seiner Gemeinbeteiligung herrührt. Staats-anwalt Loch: Also Körtling hat für 45 000 M. bare Einlage 148 000 M. baren Gewinn erhalten und fordert außerdem noch 612 000 M. als noch ausstehenden Gewinn! Dem Zeugen ist nicht einmündlich, daß er Frau Kupfer, wie diese bestimmt behauptet, schon von Leipzig her persönlich kennt, wo er als Vertreter der väterlichen Firma tätig war. Nach seiner Ueberfiedelung nach hier besuchte ihn eines Tages die Angeklagte in Dahlem. Zeuge: Ich kannte ihren Gatten von einem Bundesfischen in Frankfurt a. M. her, und da ich von ihm den besten Eindruck hatte und außerdem wußte, daß sie in freundschaftlichen Beziehungen zu meinem Vater stand, so hatte ich keine Ursache, die Angeklagte schlecht aufzunehmen. Frau von Balkow, die sie bei mir kennen lernte, erzählte mir dann, Frau Kupfer habe ihr vorgeflogen, sich bei ihr an einem Geschäft für Heereslieferungen zu beteiligen, und ich gab ihr darauf den Rat, da doch Frau Kupfer eine anständige Frau sei, die Beteiligung zu riskieren, wenn es nicht viel sei. Als ich dann hörte, daß die Geschäfte gut gingen und sich auch Dr. Marx, ein hoch-angesehener Mann, beteiligte, sagte ich mir, dann kannst du auch ein paar Tausend riskieren. — Eines Tages ließ mir Frau Kupfer dann sagen, sie habe ein ausnahmungsweise günstiges Geschäft — es war ein Rauchfischgeschäft — an, dem in 10 Tagen 30 Pro-zent verdienen seien. Dieser Verdienst schien mir nicht ver-blassend, da wir in meinem Beruf mit 40 Proz. Auf-schlag zu arbeiten gewohnt sind und ich außerdem kauf-männisch unerfahren bin. Es ist nicht wahr, daß ich der erste gewesen sei, der Unterlagen verlangt habe; ich habe keine Unterlagen verlangt, da ich nach den ganzen Umständen volles Vertrauen hatte. Mein erster schriftlicher Vertrag basierte auf 15 Proz., das Geschäft zu 20 Proz. für 10 Tage war ein exzeptionell günstiges Sonder-geschäft. Ich habe dann noch 20 000 M. und 30 000 M. Bareinzah-lungen gemacht; in letzterer Summe waren die mir ausgezahlten 3000 M. Gewinn, die ich stehen ließ, entkalt. Die Bemerkung der Frau Kupfer, daß ich zu ihr gesagt hätte: „Nicht müssen Sie aber extra gut stellen“, ist eine absolute Unwahrheit, die geeignet ist, meinen Namen bloßzustellen und mich zu schädigen. Vertrags-mäßig sind 15 Proz. auf 14 Tage vereinbart worden. — Präsi.: Es wird nun behauptet, daß Sie statt der hiernach sich ergebenden 30 Proz. pro Monat in Wahrheit 60 Proz. erhalten haben. So behauptet der Verteidiger R. A. Kalischer. — Zeuge: Das ist ein völliger Irrtum. 60 Proz. sind später auf den Vertrag gezahlt worden und zwar aus folgender Veranlassung: Ich hörte etwa im August von meinem Refren, daß Frau Kupfer bei dreimaligem Um-satz der Einlage höhere Zinsen zahlte. Deshalb ging ich zu ihr und sagte ihr: „Meiner Schwester zahlen Sie bei dreimaligem Umsatz 60 Proz., da können Sie mir doch auch mehr geben, ich mache Ihnen die Konzeption, daß ich dann mein Geld stehen lasse.“ — R. A. Kalischer: Und das stehengelassene Geld ist wieder mit 60 Proz. verzinst worden. — Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden be-kundet der Zeuge, daß er etwa 50 000 M. eingezahlt und seine Einlagen und 152 000 M. Gewinn bar zu-rück erhalten habe. — R. A. Kalischer: Der Zeuge hatte aber noch 612 000 M. Außenstände. Es ist das immerhin bezeichnend, wie der Zeuge die Angeklagte ausgenutzt hat. — Vorl.: Ich bitte, sich in den Ausdrücken zu äußern; der Zeuge hat, wie so mancher andere, die Konjunktur auszunutzen zu können geglaubt. — R. A. Kalischer: Das ist doch eine eigentümliche Ausnutzung der Konjunktur. — Der Zeuge erklärt noch, daß er seinen ganzen Ge-winn an die Konsummasse zurückgezahlt. — Sachverst. Konkurs-verwalter Schmidt: Ich bestätige, daß der Zeuge einer der ersten oder wohl der erste gewesen ist, der unaufgefordert sich meldete und bereit erklärte, die Gewinne, die er erhalten, freiwillig zurückzu-zahlen. — R. A. Kalischer: Die Angeklagte hatte Sie doch auch gebeten, daß Sie von Ihren hohen Gewinnen niemand etwas er-zählen möchten, und doch haben Sie Ihren Verwandten gegenüber davon Mitteilungen gemacht. — Zeuge: Nun, wenn gesagt wird, „Sagen Sie es aber nicht weiter“, so ist dies eine landläufige Lebensart, auf die nicht viel zu geben ist.

Die nächste Zeugin, Frau Pia Wille, geb. Körtling, ist die Frau des jetzt im Felde stehenden Architekten Wille. Sie hat von den Geschäften der Frau Kupfer gehört und da ihr Frau Kupfer von einstigen Renten als eine ehrliche, umsichtige und fleißige Frau geschilbert wurde und dabei ihr der Gedanke mitspielte, daß es doch eine Wohltat wäre, wenn so viel Getreide und Lebensmittel als möglich in das Land kämen, habe sie sich mit Einlagen beteiligt. Die Zeugin hat 60 400 M. eingezahlt und nach ihrer Rechnung über 130 000 M., nach der Behauptung der Angeklagten über 150 000 M. zurück erhalten. Frau Kupfer habe ihr bei Gelogenheit gesagt: „Sprechen Sie die Sache nicht weiter herum, es wächst mir sonst über den Kopf!“ Die Zeugin hat sich auch nach den Beziehungen der Angeklagten in Leipzig erkundigt und auch gehört, daß alles in Ordnung sei. Frau Wille erklärt, daß sie finanziell nicht geschädigt sei, aber in ihrem sonstigen Leben durch diese Sache Schaden erlitten habe. Die Gewinne hat sie nicht zurückgegeben.

Konkursverwalter Schmidt behauptet, unter Widerspruch der Zeugin, daß diese nur 20 000 M. eingezahlt und Gewinne von 161 000 Mark bezogen habe. Sie habe sich geweigert, diese zurückzugeben. Aber sie habe auch noch 900 000 M. in Wechseln zurück; sie habe ursprünglich den Gläubigeraussschuß beauftragt, diese geltend zu machen, habe sich aber später anders besonnen. — Frau Wille er-klärt hierzu, daß der Ursprung der Wechsel ein anderer sei, als der Sachverständige dargelegt.

Der Zeuge Baron Carl von Zsch hat eine Anzahl Bekannte und Verwandte, darunter seinen Bruder, den Rittmeister von Z., zu Beteiligungen an den Kupferschen Geschäften und teilweise be-deutenden Einzahlungen veranlaßt. Er hat dafür nach seiner An-gabe etwa 25—30 000 M. als Provision verdient, während die Ange-klagte diese auf 44 000 M. beziffert und zum Beweise dessen auf die Quittungen darüber verweist. Als der Zeuge beim Durchgehen dieser Schriftstücke einem Zweifel darüber Ausdruck verleiht, daß alle seine Unterschriften echt seien, kommt es zu einer etwas lebhaf-tigen Auseinandersetzung zwischen dem Bertei-diger Dr. Kalischer und dem Vorsitzenden. Der Bertei-diger erklärte, daß die Verteidigung zur Unmöglichkeit gemacht würde, wenn hier jetzt die Echtheit der Unterlagen bestritten würde, auf Grund deren der Nachweis erbracht werden soll, daß Frau Kupfer selbst von dem ganzen Gewinn am wenigsten gehabt hätte. Ihm erwidert der Vorsitzende etwas erregt, er solle dem Zeugen nichts unterstellen, was er nicht gesagt habe, er habe nur einen Zweifel ausgedrückt.

Die Zeugin Frau Sabel hat sich, wie sie angibt, nach und nach bis zur Höhe von etwa 8800 M. beteiligt und gegen 7000 M. zurückgezahlt erhalten, so daß sie sich nicht geschädigt fühlt. Nach der Berechnung der Frau Kupfer hat die Zeugin, was auch vom Konkursverwalter Schmidt untersucht wird, jedoch nur etwa 2400 M. bar eingezahlt und dieses Kapital sowie über 3000 M. Gewinn zurückgehalten.

Die Zeugin Buchhalterin Fräulein Grigoleit ist durch Frau Wille mit der Angeklagten bekannt geworden. Die Zeugin hat teils für sich selbst, teils für andere die Summe von 119 000 M. eingezahlt und im Laufe der Zeit 79 000 M. Kapital und über 155 000 M. Gewinnanteil wieder ausbezahlt bekommen, also erheblich mehr, nach Angabe der Zeugin etwa 125 000 M., als sie eingahlte. Sie fühlt sich deshalb auch nicht geschädigt. Die Berechnung des Sachverständigen Schmidt nach den ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen ergibt für sie sogar einen Ueberschuß von 180 000 M. Einen besonderen Verdienst hatte sie außerdem noch dadurch, daß sie denjenigen, die auf ihre Veranlassung sich an den „gewinnbringenden“ Geschäften beteiligten, bei der Abrechnung ihren Gewinnanteil um ein Drittel verringerte und sich diesen Teil als Provision anrechnete.

In der Nachmittags Sitzung wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Frau Hedwig Berth, deren Ehemann Konzertfänger ist und im Felde steht, hat noch und noch 6000 M. eingezahlt und im ganzen 14 000 M. bar herausgezahlt erhalten. — Der Kaufmann Leopold R. a. n. d. e. Charlottenburg hat nach seiner Darstellung 150 000 M. an Waren und 200 000 M. bar eingezahlt. Nach der Behauptung der Frau Kupfer sollen die ihm geleisteten Auszahlungen bedeutend höher gewesen sein, als die Einzahlungen. Der Zeuge erklärt, nicht sagen zu können, wie viel er nun eigentlich verdient hat. Diese Angabe wird von der Verteidigung angezweifelt. Nach Ausweis der bei den Konkursakten befindlichen Quittungen ist dem Zeugen ein Reingewinn von 193 000 M. erwachsen. Zeuge: Das ist ganz ausgeschlossen! — Staatsanw. L. o. c. : Will der Zeuge unter seinem Eide bezeugen, daß er nicht weiß, was er verdient hat? Der Zeuge hält offenbar mit der Wahrheit zurück! — Auf Antrag der Verteidigung werden dem Zeugen seine Quittungen überreicht, um sie durchzugehen und sich darüber zu äußern, welche er als richtig anerkennt.

Der in Feldgrau erscheinende Zeuge Kaufmann Wilhelm R. d. i. g. e. r erklärt, daß er nicht geschädigt sei. Er will 46 000 M. eingezahlt und mehr herausbekommen haben, doch wisse er nicht, wie hoch dieses Mehr gewesen; er erklärt dies damit, daß er lange Zeit im Lazarett gelegen und sehr nervös sei. — Staatsanw. L. o. c. hält es auch in diesem Falle für sehr auffällig, daß der Zeuge genau weiß, was er eingezahlt hat, und nicht wissen will, was er verdient hat. — Konkursverwalter Schmidt: Nach dem Ausweis der Akten hat die Gesamteinzahlung des Zeugen, aufgerechnet aus den Gewinnanteilen, 387 000 M. betragen, während er 559 000 M. zurück erhalten hat, so daß ihm ein Gewinn von etwa 170 000 M. verblieben ist. Er habe sich mit diesem Verdienst nicht begnügt, sondern noch zwei Klagen in Höhe von 219 000 M. angestrengt, bei denen gegen Frau Kupfer das Veräußerungsurteil ergangen ist. — Der Zeuge gibt schließlich die Möglichkeit zu, über 100 000 M. verdient zu haben.

Die Durchsicht der Quittungen seitens des Zeugen Mandel, der früher Cafetier gewesen, führt zu keiner Eingung. Die Befundungen des Zeugen über die geschäftliche Situation werden von der Angeklagten, der Verteidigung und dem Konkursverwalter Schmidt nicht als richtig anerkannt.

Zu den Geschädigten gehört der Kommerzienrat Nathan Stern-Charlottenburg. Er hat seinerzeit die Angeklagte durch Herrn Fris Körtzing kennen gelernt und eines Tages den Besuch der Frau Kupfer erhalten, welche ihm in Sachen der Förderung eines armen Jungen, den sie betreute und erzog, eine Bitte vorbrachte. Dabei sei dann das Gespräch auch auf die lukrativen Geschäfte der Angeklagten gekommen; er habe später, nach Einsichtnahme der ihm vorgelegten Verträge und sonstigen Urkunden und Briefe sich auch zu einer Einlage von 25 000 M. entschlossen. Dann habe er 3000 M. als Gewinnanteil zurück erhalten; mit dem Rest sei er geschädigt worden.

Als Zeuge wurde dann der Schauspieler Robert Poppel benommen. Er hat die Angeklagte durch den Sprachlehrer Wilh. Augsburg kennen gelernt und nicht nur selbst eine Einlage von 20 000 M. gemacht, sondern der Angeklagten noch zwei Freunde, die größere Einlagen machten, zugeführt. Für diese Zuführung erhielt er eine Provision von 16 000 M. und da er auch seine eigene Einlage mit seinem Gewinne zurückgehalten hat, ist er nicht geschädigt worden.

Hier wird die Verhandlung abgebrochen und auf Donnerstag 9 1/2 Uhr vertagt.

Groß-Berlin

Die Obst- und Gemüseversorgung.

Die Revisoren der Preisprüfstelle Groß-Berlin haben festgestellt, daß noch nicht überall im Obst- und Gemüsehandel der Schlüsselzwang zur Durchführung gelangt ist. Namentlich duben es die Großhändler, daß die Erzeuger ohne Schlüsselchein an sie verkaufen. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß nur durch den Schlüsselchein der Verkäufer einer Ware nachweisen kann, daß er die zulässigen Preise nicht überschritten hat.

Es wird endlich an der Zeit, daß sich die Reichsgemüsestelle und die Preisprüfstelle ernstlich damit beschäftigen, Maßnahmen zu ergreifen, um den sich immer mehr ausdehnenden Gemüse- und Obstwucher zu beseitigen. Kostete doch heute in der Markthalle Spinat pro Pfund 1 M., Grüne Bohnen 2,50 M., Schoten 2,75 M. und Kohlrabi die Röhrl 2 M., bis 2,50 M. Nach den in den Leitfäden der Reichsgemüsestelle festgesetzten Vertrags- oder Richtpreisen für Frühgemüse dürfen Erbsen vom 21. Juni ab 22 bis 25 M. pro Zentner, die besten Bohnen 31 bis 34 M. und Kohlrabi 15 bis 18 Mark kosten. Da der Großhandel 15 Proz. und der Kleinhandel 30 Proz. Zuschlag erheben darf, so könnten Erbsen höchstens 45 M. und Bohnen rund 52 M. pro Pfund kosten. Damit vergleiche man die oben erwähnten Preise. Soweit die Maßnahmen, die bisher gegen diesen Wucher unternommen worden sind, betrachtet werden, kann man sagen, daß sie vollständig wirkungslos waren. Entweder hat man nicht die ernsthafte Absicht, oder man fühlt sich außerstande, energisch dagegen vorzugehen.

Daß diese Mißstände in der Gemüse- und Obstversorgung aber nicht neu sind, beweist die Reichsgemüsestelle selbst. In den von ihr herausgegebenen Leitfäden schreibt sie über die Erfahrungen des Vorjahres:

Trotzdem die Gemüse- und Obsterte in allgemeinen reichlich, vielfach sogar weit über den Durchschnitt ausgefallen war, verhielt sich die Ware vom Markt, oder sie war nur zu Preisen zu haben, die außer wenigen Begüterten niemand zu bezahlen vermochte. Die sich folgenden Beschlagnahmen und unvermittelt erscheinenden Höchstpreisfestsetzungen mit den bekannten Wirkungen waren nur die natürliche Folge derartiger Vorkommnisse. Den Maßnahmen, die zu den unergieblichen Zuständen geführt hatten, an der Wurzel des Übels beizukommen, war nicht möglich, weil es an den nötigen gesetzlichen Handhaben dazu fehlte.

Die „nötigen gesetzlichen“ Handhaben sind nun geschaffen, es soll der Schlüssel sein, der aber bisher vollständig verfaßt hat. Daß bei dieser total verfahrenen Wirtschaft die Hammer auf den Plan treten und die Zustände noch unhaltbarer machen, geht aus folgendem Bericht hervor: Am letzten Sonntag 3. J. ergossen sich riesige Menschenmassen nach Werber und den umliegenden Obst- und Gemüseständen, um dort Äpfel und Erdbeeren einzukaufen. Fast jeder der Besucher trug ein oder mehrere Körbchen mit Obst bei sich. Daß dabei die Höchstpreise nicht immer eingehalten worden sind, dürfte einleuchten. Es sind denn auch mehrere Feststellungen wegen Höchstpreisüberschreitung vorgenommen wor-

den. — Hoffentlich werden recht bald energische Maßnahmen unternommen, um diese Mißstände zu beseitigen.

Oberkommando und Mietssteigerungen. Auf die Eingabe einer Städtischer Mietervereinigung hat das Oberkommando folgende Antwort erteilt: „Die Frage des Erlasses besonderer Bestimmungen zum Schutze der Mieter gegen unberechtigte Ausnutzung ihrer Notlage ist vom Oberkommando zum Gegenstande eingehender Beratungen mit den in Betracht kommenden amtlichen Stellen gemacht worden, bei denen sowohl die Lage der Hausbesitzer wie auch diejenige der Mieter nach jeder Richtung hin gewürdigt worden ist. Es hat sich ergeben, daß eine befriedigende Regelung der Angelegenheit für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin auf Grund der Zuständigkeit der militärischen Befehlshaber nicht möglich ist. Die Frage, ob dem Bundesrate der Erlass entsprechender Bestimmungen vorzuschlagen ist, unterliegt noch der Prüfung der zuständigen Zivilbehörden. Die Eingabe ist daher dem Reichsamt des Innern vorgelegt worden.“

Der Verkauf von ausländischem Wild und Geflügel.

In einem Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamts an die Bundesregierungen wird u. a. darauf hingewiesen, daß der Abzug ausländischer Gänse, Hosen, Kaninchen, Hühner usw., von denen erhebliche Bestände in zahlreichen Orten des Reichs angesammelt sind, durch die verbilligte Fleischzulage sowie durch die Einhaltung gleichzeitiger Höchstpreise erschwert wird. Die Kommunalverbände dürfen daher, soweit für Gänse, Wildkaninchen und anderes Wildbret ausländischen Ursprungs, die Einhaltung des inländischen Höchstpreises infolge der hohen Einstandspreise tatsächlich nicht möglich ist, bis zum 15. August einen angemessenen Aufschlag zum Inlandspreise unter folgenden Bedingungen erheben:

Der ausländische Ursprung der Ware muß der Aufsichtsbehörde nachgewiesen werden, ferner darf der Verkauf nur durch den Kommunalverband in besonders bestimmten Verkaufsstellen erfolgen, in denen die Ware durch Aufschlag als „Auslandsware“ kennlich gemacht ist. Es ist ferner verboten, inländische Ware gleicher Art in demselben Verkaufstraume feilzubieten, bezugleich auch die Vermengung von Auslands- mit Inlandsware auf den Lagern.

Für die Abgabe von ausländischen Hühnern ohne Fleischkartenzwang gelten die gleichen Bedingungen, jedoch darf der Verkauf nur an Verbraucher, aber nicht an Gast- und Schankwirtschaften erfolgen, da deren Verpflichtung, Hühnerfleisch nur gegen Fleischkarte abzugeben, unberührt bleiben muß. Soweit uns bekannt, sind den Gemeinden schon bei dem Verkauf des Geflügels zu den teureren Inlandspreisen erhebliche Verluste entstanden, da die Ware wegen dieser Preise und auch ihrer Qualität nicht genügend Absatz fand. Werden nun die Inlandspreise noch erhöht, so ist zu befürchten, daß nur ein geringerer Teil der Einwohner von diesem Angebot Gebrauch machen kann und infolgedessen wieder größere Mengen verderben.

Keine Verfütterung von Gerste oder Kartoffeln.

Vielfach wird die Beobachtung gemacht, daß die Landwirte zurzeit Schweine im Gewicht von mehr als 150 Pfund im Stalle stehen haben, die in der Fütterung weiter gefördert werden, daß nach der Ernte wiederum Gerste und Kartoffeln zur Verfütterung stehen werden, um die Tiere auf die bei den Hausflachtungen in Friedenszeiten gewohnten hohen Gewichte von weit über 2 Zentnern zu bringen. Demgegenüber macht das Kriegsernährungsamt darauf aufmerksam, daß bei der Notwendigkeit, unsere Gerste restlos für die Brotverfertigung heranzuziehen und auch die Kartoffeln ausschließlich für die menschliche Ernährung zu verwenden, von einer Erfüllung dieser Hoffnung keine Rede sein kann. Es sei jedenfalls wirtschaftlicher, diese schlachtreifen Schweine jetzt abzugeben.

Wiß auf weiteres kein Süßstoff.

Die Reichszuckerstelle hat den Kommunalverbänden mitgeteilt, daß eine Süßstoffzulassung an die Gemeinden zurzeit nicht möglich ist, da die zur Herstellung des Süßstoffs erforderlichen Grundstoffe dringend zu anderen wichtigen Zwecken gebraucht werden. Wiß auf weiteres können daher die Gemeinden keine neuen Süßstoffmengen verteilen.

Verzögerung der Fleischbelleferung.

Mit Rücksicht darauf, daß die für die Fleischversorgung der laufenden Woche erforderlichen Viehmengen wiederum nicht rechtzeitig und in genügender Zahl geliefert worden sind und die von heute an noch eintreffenden Viehsendungen zum größten Teil zu spät kommen, um noch für die laufende Woche verwertet werden zu können, sind Fleischkartenzulassung, die in der laufenden Woche nicht genügend Fleisch erhalten, berechtigt, auf die nicht eingelösten Abschnitte noch am Montag Fleisch zu empfangen.

Keine Brotkarten-Abmeldeheine mehr.

Das Preussische Landesgetreideamt gibt bekannt, daß nach den inwärtigen vom Kriegsernährungsamt erlassenen einseitigen Grundregeln für Abmeldungen aus der Lebensmittelversorgung besondere Brotkarten-Abmeldeheine von jetzt ab nicht mehr auszustellen sind. Die Vererbung des Auswechsellens aus der Brotversorgung eines Kommunalverbandes hat nur durch Eintragung eines entsprechenden Vermerks in der vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts vorgeschriebenen Lebensmittel-Abmeldebescheinigung zu erfolgen. Die bisherigen Bestimmungen über den Verkehr mit Reichsbrotmarken bleiben unberührt. Danach sind bei längeren Reisen jedem Reisenden bis auf die Dauer von drei Monaten vom Tage der Ausstellung einer Lebensmittel-Abmeldebescheinigung ab gerechnet, von der Wohnsitzgemeinde Reichsbrotmarken auszubändigen, nötigenfalls nachzusenden. Eine Beschränkung dieser Frist ist unzulässig.

Ein Zwang, dem sich niemand entziehen kann. „Jeder will und muß heute mehr verdienen, das ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, ein Zwang, dem sich niemand entziehen kann. Warum also der Hausbesitzer das Recht einer Mietssteigerung freitig machen?“ — So äußert sich in der „Weihenseer Zeitung“ nicht etwa ein Hausbesitzer, sondern ein angesehener Mieter. Eine edle Seele, die es verdient, von dem berühmten Friedebauer Haus- und Grundbesitzerverein zum Ehrenmitglied ernannt zu werden.

Bei der Stadtverordnetenwahl im 9. Bezirk der zweiten Abteilung, die für den verstorbenen Stadtverordneten Karl Goldschmidt am gestrigen Mittwoch stattfand, wurde der Bezirksvorsteher Albert Kniehase gewählt.

Linienumlenkung bei der Großen Berliner Straßenbahn. Gleisumschichtungsarbeiten an der Charlotten-, Ede Leipziger Straße machen für die Nacht vom 28. zum 29. Juni von 11 Uhr ab und für die Nacht vom 6. zum 8. Juli von 10 Uhr ab die Umleitung der durch die Charlottenstraße verkehrenden Linien 43, 44, 53, 55, 70 und 78 erforderlich. Es werden verkehren: Linien 43, 44, 70 und 78 zwischen Charlotten-, Ede Zimmerstraße, und Französische Straße anstatt durch die Charlottenstraße über Zimmerstraße, Jerusalemstraße, Hausvogteiplatz, Oberwallstraße; Linien 53 und 55 zwischen Linden-, Ede Markgrafenstraße, und Französische Straße anstatt durch die Markgrafen-, Koch- und Charlottenstraße über Lindenstraße, Jerusalemstraße, Hausvogteiplatz, Oberwallstraße. Die nur bis zur Behrenstraße verkehrenden Wagen der Linien 55 und 78 werden von der Oberwallstraße westlich durch die Französische Straße bis zur Kanonierstraße fahren.

Betriebserweiterung auf der Straßenbahnlinie P. Vom 1. Juli ab wird die Linie P, wie bisher an Werktagen, berufsweife auch an Sonn- und Feiertagen früh von 8.50 bis 4.35 ab Reußstraße bis Spandau, ab Spandau von 5.42 bis 6.27 Uhr in 15-Minuten-Abständen verkehren.

Zwei Todesopfer eines Feuersbrandes. Ihren schweren Verletzungen erliegen die Arbeiterinnen Irene Teig und Ella Schumann, die bei einem großen Brande in dem Portlandzementwerk von E. D. Wegener in Rüdersdorf neben anderen Personen verunglückt waren.

Wer ist die Lote? Ein Opfer des Strahlenbetriebes wurde am Dienstag eine unbekannte Frau in der Alexanderstraße. Sie geriet unter einen Wagen und wurde so schwer verletzt, daß sie schon auf der nächsten Rettungswache starb. Die Verunglückte ist etwa 50 bis 60 Jahre alt und scheint dem Arbeiterstande anzugehören. Bei ihr fand man eine Lebensmittelliste, nach der sie in die Kundenliste des Kaufmanns Stege in der Danziger Str. 6 eingetragen ist.

Spandau. Städtische Lebensmittel. In der städtischen Verkaufsstelle im Rathaus wird noch heute Margarine auf Feld 8 an diejenigen Einwohner verabfolgt, die bisher ihren Anteil nicht erhalten haben. Am Sonnabend beginnt der Verkauf der städtischen Margarine auf Abschnitt 5. Auf jeden Abschnitt werden 30 Gramm zum Preise von 12 Pf. veräußert. Donnerstag, den 5. Juli, abends verliert Feld 5 seine Gültigkeit. Morgen beginnt der Verkauf der städtischen Butter (50 Gramm 27 Pf.) auf Abschnitt IV. Donnerstag, den 6. Juli, verliert der Abschnitt seine Gültigkeit. Auf Feld 2 dürfen jetzt 125 Gramm Sakerfabrikate verkauft werden. Der Preis beträgt 88 Pf. für 1 Kilogramm.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Spandau. Der Wahlverein hielt Dienstag eine sehr gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde die Frage der „Vorwärts“-Bestellung einer eingehenden Besprechung unterzogen. Vor allem soll beachtet werden, daß die „Vorwärts“-mehr im Strahlenhandel umgesehen, da die Nachfrage vor den Staatsbetrieben sehr groß ist und heute schon eine enorme Anzahl von Exemplaren verkauft wird. Mit dem „Vorwärts“-Verlag soll Rücksprache genommen werden, um die Mängel abzustellen. Genosse Pieper gab alsdann einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit unserer Stadtverordneten. Nachdem er die Regelung der Unterstufungsfragen an die Kreisgerichte behandelt hatte, schilderte er die Schwierigkeiten der Beschaffung von Lebensmitteln und erklärte, daß der Magistrat alles versuchen würde, um die Einwohnerzufriedenheit zu stellen. Leider sei das nicht immer möglich und sehr viele Lebensmittel kämen schon im verdorbenen Zustande an. Er ist ferner der Meinung, daß in der Kohlenversorgung nichts unterlassen werden dürfe, damit bezwungene Kohlenpolonaise, wie sie im letzten Winter erlebt wurden, nicht wiederkehren. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben bisher alles versucht, um den Interessen der Gesamteinwohnerschaft in der Lebensmittelversorgung zu dienen; leider seien recht beachtenswerte Vorschläge ihrerseits in den Kommissionen niedergegessen worden. Genosse Bied ergänzte diese Ausführungen und schilderte Vorgänge aus der Kommission, wo man ihn wiederholt niedergeschrien und aus Wutheit seine wohlgemeinten Anträge abgelehnt habe. Genosse Stahl ist mit der Tätigkeit der Stadtverordneten im großen und ganzen einverstanden, kann aber in das Loblied auf den Magistrat in der Unterstufungsfrage nicht einstimmen. Ursache sei, daß der Magistrat rücksichtslos den Kriegervätern nicht nur die städtische, sondern auch unbeschränkt die Staatsunterstützung entziehe, wenn sie auf Grund ihres körperlichen Zustandes sich weigern, Arbeit in der Munitionindustrie anzunehmen. Die Beschaffung von Lebensmitteln sei allerdings sehr schwierig, aber die Stadtverwaltung habe viel unterlassen, was andere Kommunen geleistet haben. Auch die jüngsten Vorkommnisse mit dem Geflügel wurde einer heftigen Kritik unterzogen und vor allem getadelt, daß man Geflügel, obwohl es nicht mehr einwandfrei war, noch an die Gastwirte zu billigerem Preise abzugeben habe. Redner wandte sich dann noch gegen die fehlende Kohlenversorgung und gegen die mietsteigernden Hauswirte. In ähnlichem Sinne äußerten sich noch die Genossen Bod und Jahnke. Am Schluß der Aussprache wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen und die Stadtverordneten beauftragt, eine Besprechung derselben in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu beantragen:

„Die am 26. Juni stattgefundene Mitgliederversammlung des Ortsvereins Spandau der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Stadtverwaltung Spandau es bisher unternommen hat, in ausreichender Weise für die Beschaffung von Lebensmitteln für die Einwohner zu sorgen.“

Die Versammelten fordern daher die Stadtverwaltung dringend auf, nunmehr alles zu tun, um eine Besserung in der Beschaffung von Lebensmitteln herbeizuführen, damit die berechtigten Wünsche in allen Bevölkerungsschichten hiesiger Stadt über die unzulängliche Versorgung der Spandauer Einwohner mit Lebensmitteln gehoben wird.

Vor allem dürfte es auch dringend notwendig sein, daß die Stadtverwaltung ihre Hauptaufgabe mit darin erblickt, daß eine recht baldige und ausreichende Versorgung der Einwohner mit Brennmaterial für den kommenden Winter in die Wege geleitet wird, damit solch unhaltbare Zustände wie im letzten Winterhalbjahr unter allen Umständen vermieden werden können. Dringende Aufgabe der Stadtverwaltung müßte es sein, dem herrschenden Preiswucher mit Obst, Lebensmitteln und Brennmaterial mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Des weiteren sprechen die Versammelten ihr Bedauern darüber aus, daß die Stadtverwaltung nichts unternimmt, um der steigenden Wohnungsnot entgegenzuarbeiten und dadurch den Hausbesitzern Gelegenheit gibt, mehr wie in jeder anderen Kommune die Einwohner Spandaus durch unerhörte Mietssteigerungen zu schädigen.

Die Versammlung protestiert gegen ein solches, die Notlage des Volkes auszunutzendes Verfahren und fordert die Stadtverwaltung dringend auf, sofort geeignete Schritte beim Oberkommando in den Marken zu unternehmen, damit derartige ungesetzliche Mietwucher im Interesse der Einwohnerzahl Spandaus unterbunden und die letzten Mietssteigerungen und Kündigung von Wohnungen illusorisch gemacht werden.“

Sodann nahm die Versammlung Stellung zur Kreisgeneralversammlung und zum Parteitag. Als Delegierter zur Kreisgeneralversammlung wurde Genosse Max Jahnke gewählt.

Industrie und Handel.

Japan in Niederländisch-Indien.

Ein japanisches Syndikat, das kürzlich für zwei Millionen die Zuderunternehmung Soelorebe angekauft hat, beabsichtigt nun noch 15 andere Unternehmungen anzukaufen. Die niederländisch-indische Presse spricht fast einstimmig ihre Billigung über dergleichen Anläufe aus.

Allgemeine Einführung des metrischen Systems.

Eine allgemeine Vermählung der Handelskammern in Paris sprach den Wunsch aus, daß Großbritannien, Japan und Rußland das metrische System einführen sollen, um den inneren wirtschaftlichen Anschlag an Frankreich zu erleichtern.

Arbeiter-Samariterbund Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche abends 8 1/2 Uhr 1. bis 6. April, Montag, den 2. Juli, Spandauer Str. 62. Vortrag: Nach demselben praktischen Verhandlungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. — Sonntag, den 1. Juli, Familienausflug nach dem Blüthenwald (Trestow). Treffpunkt nachmittags 2-3 Uhr Restaurant Rads, Neue Krug-Allee 62.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zunächst noch vorwiegend heiter und trocken; am Tage warm; später allmählich fortschreitende Zunahme der Bewölkung und westlich der Oder stürmische Gewitter.

Die Geige im Karst.

Von Artur Zidler.

Auf weißen Wollenschiffen segelt der Frühling über den Karst. Sein Atem wärmt den dürstigen Busch des Bodens und trägt den Duft der gelben Aurelia, der Blume des Karstes, über die Geröllhänge. Die Sonne steht strahlend im tiefen Blau. Die Schatten der Wollen streichen wie kühle Hände das lichtberauschte Land.

In den österröschischen und italienischen Stellungen, die in paralleler Entfernung von etwa 150 Meter das steinige Plateau durchspalten, herrscht Ruhe. Es zwitschert in den Drahtverhauen, und hoch in der Luft liegt rubig ein Raubvogel.

Die Wiener Scharfschützen geben sich der wohligen Behaglichkeit des Tages hin, bilden Gruppen zum Plaudern und Kartenspielen, oder lehnen rücklings an der Grabenwand und träumen ins Unendliche.

„Franz! gib für, daß die mit eins aufsteht!“ lacht einer und läßt seine Handharmonika stöhnenden Atem holen.

„Na,“ sagt der Angeredete kurz und tritt von der Scharte zurück, wo er das eingespante Gewehr gerichtet hat. Dann schiebt er die Kappe noch weiter auf den Hinterkopf, hat auf einmal dicke Falten auf der hohen Stirn und den Ausdruck unendlicher Langeweile in den Augen. Darauf setzt er sich neben den andern, greift nach der Uhr und konstatiert monoton: „Zwanzig nach fünf.“ Hernach: „D. Pepi!“

Der hat nur einen halben Blick, ist ganz bei seiner Orgel. Die Töne der Gassenhauer hüpfen bald schmetternd, bald in gedämpftem, melodischem Gedudel den Graben entlang und über die Brustwehr ins freie Gelände. Pepi wiegt dabei den Kopf im Takte und seine Lippen bewegen sich:

„Mädchen sind wie die Engelchen . . .“

Einmal bricht er ab, läßt über sein volles Gesicht, sagt: „Na, Herr Kapplmeister!?“ und fängt was Neues an.

Franz ist in Gedanken versunken. Er hat beide Hände auf die Knie gelegt, sieht sie immer an und wundert sich heimlich. Seine Finger! Lang sind sie immer noch und auch nicht dick, aber die feinen, weichen, schlanken Finger von ehemals sind hin. Ja, der Spaten ist kein Faltstod, und der Schießprügel kein Fiedelbogen. Ueberhaupt: es wäre ihm früher undenkbar gewesen, so etwas auszuhalten; er mit seinen Lebensgewohnheiten und den ganz der Kunst zugewandten Sinnen! — Es war gegangen, sogar überrollend schnell, und er war auch ganz Mann an der Fronte, wenn er auch, wie sich seine Kameraden ausdrücken, „den Kopf bis obenon laßt hatte“. Das sind so Redensarten beim Militär, die an des Mannes Ehrgefühl greifen, wie „daß man kein Scheißkerl sein darf“, bis zum verbissenen „Die's kommt, wird's getroffen!“ — und so zwingt man's eben.

Man ist Soldat, doch das kann nicht hindern, daß Stunden kommen wie die jegige, wo das Himmelslicht zum blendenden Kronleuchter wird über einem mit Menschen gefüllten Kongertaal; er senkt wieder seinen Blick in tausend Augen und weiß, jeder trägt ein Stück der Gottessehnsucht heim, die aus seiner Geige singt.

Die Hehre seines Berufes war ihm nie die Beglückung im Sinne der Worte Hindars, die ihm sein Lehrmeister mit auf den Lebensweg gegeben hat und die eingerahmt auf seinem Zimmer in Favoriten hängen:

Was ist einer, was ist einer nicht!
Eines Schattens Traum ist der Mensch.
Doch wenn ein Strahl von Gott auf ihn fällt,
Da ist ein heller Glanz um den Mann
Und ein seliges Leben!

Ist es die kämpflose Stille oder die sanfte, unmerklich dämmernde Schönheit des Abends: feierliche, friedliche Gefühle bewegen die Brust des jungen Musikers, Fragen, die er nie gefragt, Gedanken, die er überdunden hat, treten fremd und wunderbar vor ihn hin, Allgewohntes sieht er mit neuen, seltsamen Augen, und die Lehren großen, bisher unbekannten Meisters durchfluten ihn. Während er so dastet, mit inwendigem Blick, kriecht die Dunkelheit aus den Gründen und verhält die ferne Sicht; die ersten Sterne entzünden sich.

Pepi's Handharmonika ist schon lange die Luft ausgegangen, mit einem „Oha!“ erhebt er sich und schiebt die Widerstrebende zusammen. „Spiel du eins auf, Franz!, ich bring' dir die Biolin.“ Nach einer Weile kommt er wieder, die Bioline vorsichtig auf beiden Händen, den Bogen unter den Arm geklemmt. Leis klingen die Saiten unter Franzens stimmenden Fingern.

Dann jubelt ein Straußlicher Walzer in die Schweigende, Blaue Nacht. Auf der ganzen Länge des Grabens stehen unbewegt lauschende Gestalten.

Die Geige verhallt; da heben alle die Köpfe. Drüben, bei den

Italienern, ist schallendes Händeklatschen und Bravorufen zu hören. Plötzlich ruft einer: „Da steht ein Welscher am Verbau!“ Alles schaut voll Erwartung über die Wehr und durch die Scharten. Wirklich ist da im Mondschein ein Mann zu sehen, der mit erhobenen Händen, waffenlos, auf die österröschische Stellung zuschreitet. Am Verbau bleibt er stehen und ruft in gedrohenem Deutsch, der Mann mit der Bioline solle doch herauskommen.

Einen Moment überlegt Franz, dann schwingt er sich auf den Wall und läßt sich die Geige nachreichen.

„Loh dir's aa zöhl'n!“ wiegelt Pepi noch, und alle lachen; das Neuartige der Situation reizt sie und macht sie neugierig. Als Franz den schmalen Durchlaß im Verbau passiert, draußen dem Feinde die Hand reicht, da spüren alle etwas von dem, was in den beiden Männern da draußen vor sich geht.

Die Geige singt. Sie klagt und weint vom unfählichen Leib der Erde, weiß von der Luft, der Schönheit des Lebens und findet ein gütiges Mahnen:

Hat dein heimatliches Land
Keinen Reiz für deinen Sinn . . . ?

Das unbescheidenste Geschöpf der Welt.

Adolf Wilbrandt sagt in seiner trefflichen Freigewer-Biographie zum Ruhme seiner medlenburgischen Landsleute: „Der Medlenburger ist vielleicht der bescheidenste Menschenschlag auf dieser Erde.“ Freigewer selbst scheint in diesem Punkte anderer Ansicht gewesen zu sein, denn in „De Reil“ nah Konstantinopel“ entwirft er uns von Paul Groterjahn, dem keden und munteren Sohne eines medlenburgischen Landwirts, folgende Schilderung: „Paul war ein richtiger Medlenbürger, wenn of man noch en litten; bei was an't Brod gewennt (gewöhnt), un wenn de Schüttel (Schüssel) up den Dsch stunn, denn wiren bei um de Fliegen (Fliegen) immer de irsen, de sid doran hollen (hielten), un hei vleggte (pflagte) of bet up de Vest uttauhollen.“ In der Schüsselfrage könnte Neuter, der seine Landsleute sicher gut kannte, vielleicht recht haben, in allen anderen Lebensverhältnissen aber legen die Medlenburger so rührende Bescheidenheit an den Tag, daß der Vergleich mit den Fliegen auf sie am allerwenigsten zuträfe. Denn die Fliegen, mit denen wir auch in diesem Sommer leidlich reichlich gesegnet sind, sind die frechsten, zudringlichsten und rücksichtslosesten Geschöpfe, die man sich nur denken kann. Ich habe drei Königsreiche! Kannst Du seinen anderen Platz finden?“ wettete König Jakob I. von England, als sich einmal eine Fliege auf seine Nase setzte. Die Unberücksamtheit der Fliegen, sich gerade dieses edle Organ zum Zummelplatz ihrer Flügel auszuwählen, haben wir ja in einer vielgebrauchten sprichwörtlichen Redensart festgelegt, und in der übertragenen Bedeutung dieser Redensart wird die Nase zum Tanzboden nicht nur für die Fliegen, sondern für vielerlei Personen und Dinge. Aber allzu weit darf man doch nicht diese bildliche Uebersetzung ausdehnen; denn es ist doch immerhin nicht ganz einwandfrei, wenn man mitunter zu hören oder zu lesen bekommt, daß einem Vorgesetzten oder Lehrer die Untergebenen oder Schüler hinter dem Rücken auf der Nase herumtanzen.

Ihr sätter Eure Fliegen schlecht“, pflegt man auf dem Lande zu sagen, wenn die Fliegen überaus zudringlich über alles herfallen. Dieses Wort scheint ein schwäbischer Landpaster deherzigt zu haben, der, wie uns Karl Julius Weber in seinem „Demotritus, dem lachenden Philosophen“, erzählt, bevor er sich an Speise und Trank labte, erst von dem Hauptgerichte hier ein Kleckschen und dort eins hinlegte und wartete, bis sich ihre Gnaden, die Fliegen, darum, daran und darauf versammelt hätten. Dann erst deckte er die Schüsseln auf und langte für sich selbst zu. Er zahlte gewissermaßen eine Abfindungssumme oder ein Schuggeld wie ehemals die kleineren Reichstädte den benachbarten Raubrittern.

Einmal wurde in Deutschland ein Fliegenlied viel gelungen, dessen Dichter leider unbekannt geblieben ist, das aber kein Geringerer als Orlando di Lasso, der deutsche Palestrina, vertont hat und das zuerst in dessen „Schönen neuen Liedern mit Musik“ in München 1576 erschienen ist. Dort heißt es von den unerschämten Fliegen:

Wenn man ein Ross nicht anne,
Sie sei laur oder süß,
Sind sie die ersten dranne,
Mit Händen und mit Füß.
So man hat Bier und Met,
Da ist den Fliegen wohl,
Sie kommen ungebeten
Und lausen sich auch voll.
In einer dann beschoren
Und hat ein langes Haar,
Die Fliegen un ihn lausen,
Sieht man im Sommer zwar.
Es muß sich einer oft wehren,
Will er Fried vor ihn han,
Sie tun's fürsten und Herren,
Es hilft dafür kein Zaun.“

Er hatte inzwischen wirklich vergessen, daß draußen noch der Winter umging. Im Gehen wachte er den Schnee von einer Sandsteintafel, kühlte sich die Stirn mit dem wohligen Raß und atmete in tiefen Zügen die feuchtsüßliche Schneeluft ein. Leise, nicht ohne noch einen umfassenden Blick auf die prächtige Heimstatt zu werfen, brückte er das Sittertor zu. Aber von Zeit zu Zeit hielt er seine Schritte an wie einer, der über einen gelungenen Streich nachdenkt. Daß dieser Abend ihm doch noch zum Segen gedelhen würde, hatte er nicht erwartet. Haha! Raum konnte er sich bewahren, den Jubel in einen Jauchzer oder irgend eine Herausforderung ausklingen zu lassen. „Ihr da unten — merkt Ihr etwas! loberten seine Gefühle empor, indem er das nächtliche Bild der Vaterstadt mit fürstlicher Großartigkeit in sich aufnahm. Diese armseligen tausend Dächer! Welches war denn für ihn überhaupt gut genug? So federleicht schritt er bergab, als wohnte dem Offiziersbrod eine geheime austreibende Kraft inne. Järtlich wie die Hand der Geliebten umschloß seine Linke den Degengriff. Wetter noch mal, er war ja nicht blind, er begriff sehr wohl, welcher Zauber von dem bunten strömenden Kram ausging! Wenn irgend ein abgedankter Stracker in Greifenmelancholie diese überordnenen Eigenschaften der militärischen Attribute in Abrede stellte, machte er sich nur lächerlich bei der echten Soldatenjugend, die das gerade Gegenteil nicht nur in den Weiberaugen, sondern auch in den neidischen Blicken der Schwachen las. Keine Nacht der Welt konnte die Kriegerlaste stürzen; sie behauptete nach wie vor ihren Platz an der Sonne, trotz dem lärmhaften Aufmarsch der Arbeiterbataillone. Aber freilich: Schulhufser und Offizier, das ging nie unter eine Kappe. Daß die straffe Manneskraft nicht durch Gedankenblässe angegrünelt wurde, mußte gerade der Korpsgeist verhüten, indem er die Bildungsprogrei im Armeebereich gebührend verächtlich machte. Kur mit Eitel konnte Adolf Lengenhager jetzt an die nutmordenen Schulbanktage zurückdenken. „In welcher säuerlichen Atmosphäre hätte ich wohl als Viehdoktor geendet!“ dachte er, sich schüttelnd im Vollgefühl seiner gehobenen Ansprüche. Gemächlich führten ihn diese Gedanken wieder dem Schauplatz des festlichen Abends zu. Aber sein Jörn war fast eingeschlafen. Nein, um seine Stellung brüchete er noch lange nicht zu zittern. Im übrigen bewies dieser Tag nur, wieviel Arbeit die junge Generation der Soldatenführer noch zu verrichten hatte, um

Das Lied fand Aufnahme in „Des Knaben Wunderhorn“ unter der merkwürdigen Ueberschrift „Hofente“. Goethe, dem es gefiel, bemerkte dazu: „Wäre noch erfreulicher, wenn nicht eine, wie es scheint, falsche Ueberschrift auf eine Allegorie hindeutete, die man im Lied wieder finden kann noch mag.“ Der griechische Schriftsteller Lukianos von Samoiata brachte es freilich fertig, eine Lobrede auf die Fliege zu schreiben. Allerdings ist diese Verherrlichung der lästigen Plagegeister nur als Ausfluß seiner sophistischen Denkart zu betrachten, die allgemein verbreitete Meinungen gern in ihr Gegenteil verkehrte.

Lenin, der verkappte „Deutsche“.

In gelungener Weise macht sich der Mailänder „Avanti“ (Vorwärts) über die kindischen Gruselien lustig, mit denen der böllerverbeugende „Corriere della Sera“ in ebem Wettbewerb mit der Londoner „Morning Post“ die Friedensbestrebungen der russischen radikalen Sozialisten als von deutschem Gelde genährte Ränke zu verdächtigen bemüht ist. Die besondere Wut der beiden Blätter richtet sich dabei gegen Lenin. Um das abschreckende Bild dieses Böfewichts noch wirkungsvoller zu gestalten, wird der „Corriere“ vom „Avanti“ nicht schlecht aufgejogen. „Wir wissen in der Tat,“ so liest man in den mit gutgeputztem Ernst besuchten Zeilen, „aus völlig einwandfreier Quelle, daß der Lenin genannte Herr weder Lenin noch auch, wie ihn unsere sogenannten Witzblätter zu nennen pflegen, Lenone (Kuppel) oder gar wie er sich selbst bei der internationalen Sozialdemokratie einzuführen pflegt, Ulanow heißt. Sein wahrer bürgerlicher Name ist vielmehr Bottiallen, ein Name, der sich auf den ersten Blick als rein deutsch zu erkennen gibt. Sein Vater war unter Kaiser Wilhelm I. Hofarenobers, seine Mutter eine Wadenjerin, die, wie verlautet, von einem jener entsehliden Weiber stammte, die man vor Jahrmarktsböden roße Tauben und Kranichden verschlingen sieht. Schon als Kind ließ der falsche Lenin seinen Zweifel über seinen entarteten Instinkt. Er riß nicht nur den Fliegen die Flügel aus, sondern pflegte auch auf der an der Schulstudenwand hängenden Landkarte mit roter Tinte Grenzforresturen vorzunehmen, die ganze Gebiete seines Adopkivaterlandes den Nachbarstaaten zuwies. Bei diesen Anlagen ist es kein Wunder, daß sich Bottiallen schließlich zu dem künstlichen Lumpen auswuchs, dessen angenommenen Namen die zivilisierte Welt heute mit Abscheu nennt. Lenin und seine Genossen, das junge Mädchen Kollontai, sind zweifellos beide von Deutschland bezahlte Agenten.“ Das können wir — schlicht mit beidemenden Hohn der „Avanti“ — durchaus bestätigen. Wir selbst haben mit unseren eigenen Augen die betreffenden Scheds gesehen. Ja, wir können noch mehr verraten. Diese Scheds entstammen derselben Quelle wie die, die der Redaktion unseres Blattes Monat für Monat aus der kaiserlichen Residenz Potsdam übersandt werden.“

Notizen.

— Im Kupferstichkabinett sind die Neuwerbungen der letzten beiden Jahre, sowohl Arbeiten älterer, wie neuerer wie der allermodernsten Künstler, ausgestellt.

— Moses Mendelssohn im Urteile seiner Zeitgenossen darzustellen, fordert die Behrenskalt für die Wissenschaft des Judentums in einem Preisauschreiben zu 2000 und 1000 M. auf. Einlieferung bis zum 31. März 1918.

— Städtische Kälte. Während jetzt in der heißen Jahreszeit überall die Vorsorge für Wärme im Winter im Gange ist, mühen wir uns eigentlich mehr mit Kälteanlagen beschäftigten. Allein künstliche Kälte ist wesentlich teurer als künstliche Wärme und darum finden sich wenigstens bei uns solche Kälteanlagen selten. Kälte wird bei uns noch nicht ins Haus geliefert, ja vielfach haben Städte erst im Kriege Kältehäuser für Nahrungsmittel gebaut. Wie der „Prometheus“ mitteilt, ist in Amerika der Zukunftsraum, eine ganze Stadt von einer zentralen Kälteanlage aus mit „Kälte“ zu versorgen, verwirklicht. Die Einwohner der Stadt Kansas City sind seit Jahren in der angenehmen Lage, „Kälte“ aus städtischer Leitung entnehmen zu können, wie wir Wasser und Gas.

— Ein Dugend mensch. Wenn ein Mensch 12 Finger hätte, würde sich unter Zahlenystem statt zu einem Zehner zu einem Zwölferstystem entwickeln haben, womit zweifellos mancherlei Vorteile verbunden wären. Nun befreit in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ Dr. Dusch in einer Soldaten, der an jeder Hand sechs Finger hat. An die Stelle des Daumens sind zwei Finger getreten, die höllig voneinander getrennt sind. Sie können wie die übrigen Finger gegeneinander gebeugt und gestreckt werden. Auch an den Füßen hat der Mann je sechs Zehen. Die Vielfingerigkeit vererbte sich in seiner Familie jetzt schon durch vier Generationen.

den unbotmäßigen Volksgeist durch eiserne Disziplin zu bezwingen.

Erst als er der Altstadt näherkam und durch Gesang und Jöhlen eindringlich an die Ereignisse der letzten Stunden gemahnt wurde, kam ihm die Ueberlegung, ob er nicht besser tue, wenn er die Kaserne auf einem Umwege zu erreichen suchte. Aber kaum gedacht, wies er den Einfall trotzig zurück. Vor allen Dingen hatte er die Pflicht, sich nach dem weiteren Verlauf der Unruhen zu erkundigen und nachzusehen, was aus den fremden Musikanten geworden sei.

In der Nähe des Junkthauses krenzte ein Trupp der nach erfolgreicher Belagerung siegestrunken heimziehenden Lurnbrüder seinen Weg. Sie brüllten erst laut, dann zaghafter im Näherkommen: „Wir brauchen keine Preußen in der Schweiz, Preußen in der Schweiz, Preußen in der Schweiz!“ . . .

Sein Stolz litt es nicht, rechtzeitig abzugeben. „Kamerad“ Höll — gewiß, der hätte in diesem Fall den Rauf leicht gefunden oder wohl gar versucht, den schänden Chorus durch eine väterliche Ansprache zum Schweigen zu bringen. Er, Lengenhager, war zum Glück aus härterem Holze. Aber eine seltsame Borahnung beschwerte seine Brust, das Gefühl, dieser Nacht am Ende noch ein rotes Siegel aufzudrücken zu müssen. Doch nur während einigen Atemzügen. Auf drei Schritte Entfernung von der Kotte hörte er höhnische Worte: „Ordentlich zahm sind sie geworden, die Gamascherreiter!“ Und einer der Burschen warf lachend die Klöße in die Luft.

Der Kavallerist mit dem nickenden weißen Roffhaarbusch trat jedoch so fest und entschlossen auf, daß die meisten der Raubbrüder eingeschüchert, schielend zur Seite wichen. Nur einen von viehischer Kraft geschmeichelten Nachzügler schien die Luft anzuwandeln, den andern einen Augenschmaus zu bereiten. Er spielte den Betrunknen im Vorübergehen und taumelte mit der ganzen Wucht seines Körpers gegen den scheinbar sorglosen Offizier, der aber im gleichen Augenblick die Faust in das breite Gesicht des Raufbalds setzte. Eitliche der Leute machten sich unheimlich davon; andere sprangen hinzu, während sich der Beschlagene mit einem verruchten Schimpfwort auf den sabeltraffenden Erzfeind warf.

(Fort folgt)

Der starke Mann.

35]

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

„Nein!“ fuhr er ihr entrüstet in die Rede. „Es steht mir nicht an, hinter dem Rücken Ihres Vaters solche Beziehungen zu unterhalten. Der Herr Oberst hat als mein Vorgesetzter ein Recht darauf, zu erfahren, was zwischen Ihnen und mir vorgeht. Ich muß ihm zu jeder Zeit frank und frei in die Augen sehen können, Fräulein Renée. Wenn Sie das nicht verstehen, tut es mir leid. Dann habe ich nur noch die Ehre, mich zu empfehlen.“

Das war eine Sprache, die mehr vermochte als all ihre Zweifel und Launen. Er stand vor ihr mit respektlos gespreizten Beinen, die Hände in die Seiten gestemmt, nicht anders, als er vor widerpensigen Rekruten zu stehen pflegte. Sie wagte nicht mehr, ihm ins Gesicht zu sehen; ihr Blick streifte nur flüchtig seine selbstvergeffene Haltung, den breiten Brustkasten unter dem grünen Waffentod, die funkelnden Achselstücke auf den herausfordernd geredeten Schultern — dann mußte sie kapitulieren. Es war ihr zumute, als krie er auf ihrer Brust, als müsse sie demütig um Gnade flehen. Es half ihr weiter nichts, daß sie sich mit aller Kraft in den Sessel drückte und den Kopf hinten überwarf. Sie konnte ihm nicht entrinnen. Mit seinen herrlichen Augen machte er aus ihr, was er wollte — eine Bettlerin, eine Dirne . . . Und wenn er die gespreizte Hand an ihre Kehle gelegt hätte, sie wäre nicht in stande gewesen, um Hilfe zu rufen. Entwürdig lag sie da, fieberhaft atmend, mit zusammengepreßten Lippen, die allmählich, schmachend aufgingen wie ein Blumenkelch in der Mittagssonne. Länger hielt sie die Anechtshaft nicht aus. Mit dem letzten blickigen Eigenwillen umschlang sie seinen Hals und betäubte sich mit wilden Küssen: „Nach, was du willst!“

„Wissen mußt du, daß du mit Haut und Haar verfallen bist, du Teufelsheer!“ triumphierte der Steger, als er sie so wie in eisernen Klammern gefangenhielt. Ueber das schmiegsame Köpfchen hinweg sah er lachend auf die Bilder der wohlwollend nickenden Ahnen . . .

Es war nahe an Witternacht, als der Oberleutnant Lengenhager das Steigerische Haus verließ. Verwundert betrachtete er die alles überragenden, verschneiten Plateauen.

